

# Arbeiter-Zeitung

Preis: Wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk. Preis für den Ausland: Die abgabepflichtige Wilmeterzelle oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzettel 6 Pf., Metalle-Preis: Die dreifachste Wilmeterzelle oder deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluss der Inseraten-Nachnahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

**Haupt-Expedition:** Breslau 10, Kreuziger Straße 50. Telefon 560 89. Postfachkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Kreuziger Straße 50. Telefon 239 02. **Spezial-Expedition:** der Redaktion von 12-13, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — **Filial-Expeditionen:** Glatz, Wilhelmstraße 28, Telefon 4085; Glatz, Runkel 6, Telefon 2384. Geschäftszeit: von 8-18 Uhr. Geschäftsstand am Hauptverlagsort Breslau. — **Verlag:** Schles. Verlagsgesellschaft m.B.H., Breslau. — **Druck:** „Neubau“-Berlin, Fil. Breslau, Kreuziger Str. 50.

## 32 Millionen Reichsmark für den Bau des Panzerkreuzers A

### Sozialdemokratische Ablehnungs-Comödie entlarvt

(Eig. Bericht.) Berlin, 14. November.

Am kommenden Montag sollte im Reichstag die Debatte über den Panzerkreuzer-Antrag der Sozialdemokraten beginnen. Die SPD-Führer hatten bekanntlich zur Täuschung der Arbeiterschaft einen solchen Antrag eingebracht, der den Weiterbau des Panzerkreuzers, dem die SPD-Minister selbst zugestimmt hatten, jetzt verboten wissen will. Wir hatten bereits auf die Demagogie der SPD-Führer hingewiesen, die diesen Antrag nur einbringen in dem Bewußtsein, daß sie einerseits dadurch eine Deckung vor der Arbeiterschaft und der Rebellion ihrer Mitglieder gegen den Panzerkreuzerbau zu finden glaubten, auf der anderen Seite aber hofften, daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstags diesen Antrag zu Fall bringen und den Weiterbau des Kreuzers beschließen wird.

Wie die bürgerliche Presse nun meldet, ist die für Montag vorgesehene Debatte bereits für Übermorgen, Donnerstag, vorgezogen. Man will die außenpolitische Debatte deswegen auf später verschieben, weil nach der „VZ“:

„Sowohl im Zentrum, wie in der Sozialdemokratie Bedenken gegen diese außenpolitische Debatte aufgetaucht sind, weil man eine Vermehrung der Schwierigkeiten für das Kabinett und die etwaigen späteren Koalitionsverhandlungen befürchtet. Insbesondere im Zentrum (dieses stellt bekanntlich eine Reihe von Personalforderungen in der Außenpolitik. Red.) vertritt man die Auffassung, daß aus diesem Grunde die Außenpolitik gut und gerne noch eine Weile warten könne.“

Die „Vossische Zeitung“ meldet, daß Groener zur Durchführung seiner Stellungnahme bei Hindenburg war, und „daß der Reichspräsident auf den Vortrag Groeners hin und nach Kenntnisnahme einer Denkschrift Groeners erklärt hat, daß er selbstverständlich auf dem gleichen Standpunkt stehe bezüglich des Panzerkreuzerbaues wie Minister Groener.“ (1)

Die „Vossische Zeitung“ teilt weiterhin aus dem Inhalt der Denkschrift Groeners folgende, die Arbeiterschaft alarmierende Dinge mit:

„... In dieser Denkschrift wird aber auch darauf hingewiesen, daß bereits für 32 Millionen Mark Bestellungen ausgegeben worden sind (1) und sechs Millionen an mehrere Firmen bereits gezahlt wurden. Bewilligt sind bisher 9 Millionen Mark als erste Rate (1). Nach der Haushaltsordnung glaubte sich das Reichswehrministerium berechtigt, über diese 9 Millionen Mark hinaus Bestellungen auszugeben.“

Nach diesen Mitteilungen der „Vossischen Zeitung“ ist also alles in Butter und der Reichstag wird in seiner Mehrheit den sozialdemokratischen Antrag ablehnen. Denn, wie die „Vossische Zeitung“ weiterhin schreibt, es scheinen die Ausführungen der Denkschrift besonders auf das Zentrum Eindruck gemacht zu haben, denn man hört, daß auch jene Mitglieder des Zentrums, die noch vor wenigen Tagen für den sozialdemokratischen Antrag stimmten wollten, jetzt ihre Meinung geändert haben.“ (1)

Diese sensationellen Mitteilungen der „Vossischen Zeitung“ sind geeignet, der deutschen Arbeiterschaft und insbesondere den sozialdemokratischen Arbeitern erneut den ganzen niederträchtigen Verrat der sozialdemokratischen Führer und ihre sozialimperialistische Politik zu enthüllen. Nur die alte Zustimmung der SPD-Minister zum Panzerkreuzerbau und die ganze bisherige Politik der SPD-Führer, die absolut in der Linie der Zustimmung zur imperialistischen Aufrüstung der deutschen Bourgeoisie lag, veranlaßte Groener, seinerseits die bewilligte erste Rate für den Panzerkreuzerbau um das Vielfache zu überschreiten und statt für 9 Millionen bereits für 32 Millionen, aber wahrscheinlich für noch viel mehr, Aufträge zum Bau des Panzerkreuzers zu erteilen. Groener weiß, daß er trotzdem des Wohlwollens und der Zustimmung der sozialdemokratischen Führer und Minister sicher sein darf. Ihr Antrag im Reichstag ist, wie schon oft unterstrichen, nur demagogisches Spiel. Das werden die Arbeiter jetzt mehr denn je begreifen und die Konsequenzen daraus ziehen.

für den Sieg ihrer Forderungen ausgerichten. In allen Betrieben, wo dies bisher noch nicht geschehen ist, müssen Kampfleitungen gewählt und unter Führung derselben jeder Verrat der Gewerkschaftsführer zurückgewiesen und der rücksichtslose Kampf zum Sieg der Metallarbeiter organisiert werden. Der Selbstverleugung der gesamten deutschen Arbeiterschaft sind die Metallarbeiter an Rhein und Ruhr in ihrem schweren Kampfe sicher.

### Organisiert den Streik!

Essen, 14. November. (Eig. Draht.) Schon wenige Stunden nach Verkündung des Urteils der Duisburger Verhandlung trat in Essen die zentrale Kampfleitung der ausgesperrten Hüttenarbeiter zur Beratung über die neue Lage im Kampf zusammen. Neben einem Aufruf an die Hüttenarbeiter, mit allen Mitteln sich gegen die beabsichtigte Abwägung des Kampfes durch die Reformisten zu kräuben, stellte man folgende konkreten Kampfmaßnahmen auf:

Überführung der Ausperrung in den Streik. Stellung von Streikposten.

Forderung nach 15 Pfg. Lohnerhöhung pro Stunde, nach Achtstundentag und dreigeteilter Schicht bei vollem Lohnausgleich.

Außerdem beschloß man, sich noch aktiver als bisher an der Organisierung der Sammlungen für die JAG zu beteiligen, um die Spenden zu erhöhen, die sonst aus bürgerlicher Rotzucht zu streikbrechern werden könnten.

### Die entscheidende Phase des Ruhrkampfes

Nach dem Duisburger Urteil

Das Duisburger Arbeitsgericht hat auf Antrag der Unternehmer entschieden, daß der verbindlich erklärte Schiedsspruch für die Hüttenindustrie rechtswirksam ist, d. h. er stellt keinen neuen Tarifvertrag dar. Da die Unternehmer eine Entscheidung in diesem Sinne gefordert haben, ist es ja nur selbstverständlich, daß sie von einem Gericht der kapitalistischen Regierung so gefällt wurde. Ein kapitalistisches Gericht kann wohl einmal gegen einzelne Unternehmer entscheiden, niemals aber gegen das Unternehmertum, wenn es sich um das Gesamtinteresse der kapitalistischen Klasse handelt.

Da die Rechtslage in einem solchen gewaltigen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit absolut bedeutungslos ist, wäre auch die Entscheidung des Duisburger Arbeitsgerichtes bedeutungslos, wenn nicht die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ihr Betrugsmanöver nicht ganz auf das Versprechen gegründet hätten, daß dieser Staat die Durchführung des verbindlich erklärten Schiedsspruches erzwingen werde. Nun ist das sozialdemokratische Betrugsmanöver zusammengebrochen. Der kritische Moment ist da!

Denn jetzt, da die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer keinem Metallarbeiter mehr mit der Zumutung kommen dürfen, daß er sich mit seinen Forderungen in den Grenzen des Schiedsspruches halten müsse, werden immer größere Massen die Forderung der gewerkschaftlichen Opposition — 15 Pfennige Lohnerhöhung und Achtstundentag mit Lohnausgleich — aufnehmen. Vor dieser wachsenden Lawine fürchten sich die Reformisten und die sozialdemokratischen Führer werden alles versuchen, um den Kampf um jeden Preis so rasch wie möglich abzuwürgen. Schon sind Verhandlungen eingeleitet. Die Unternehmer sprechen offen ihre Bedingungen aus: Lohnzulage, wie sie sie diktieren und keine Durchführung des Achtstundentages.

Die Unternehmer fühlen sich jetzt stark genug, zu diktieren. Sie können die Drohung mit der Deffnung der Werkstätten zu den alten Bedingungen als Druckmittel benutzen. Diese Drohung ist geeignet, das letzte schwächliche Strahlen der sozialdemokratischen Führer zu überwinden. Denn die Unternehmer hegen die Hoffnung, daß jetzt infolge des Zusammenbruchs des sozialdemokratischen Vorgehens große Massen der Aussperrten so enttäuscht und demoralisiert sind, daß sie bereit wären, zu den alten Bedingungen in den Betrieben zu gehen.

Diese Rechnung der Unternehmer könnte stimmen, wenn nicht die gewerkschaftliche Opposition da wäre, und wenn sie nicht ihre Arbeit geleistet hätte.

Die gewerkschaftliche Opposition hat nie den schändlichen Schiedsspruch als Kampfziel betrachtet, sondern hat die ursprünglichen Forderungen der Metallarbeiter hochgehalten. Die gewerkschaftliche Opposition hat gewußt, daß die reformistische Schwindelmänner zusammenrechnen mußte. Jetzt ruft die Opposition alle Aussperrten auf, dem beabsichtigten Verrat

## Provokatorische Forderungen der Ruhrunternehmer

Sie verlangen Wiederaufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen

Essen, 14. November. (Eig. Draht.) Nachdem das kapitalistische Arbeitsgericht in Duisburg den Standpunkt der Eisenindustriellen gedeckt hat, unternehmen die Scharfmacher, noch ermutigt durch die bisherige feige Handlungsweise der reformistischen Gewerkschaftsführer, einen neuen ungeheuerlichen Vorstoß gegen die ausgesperrten Metallarbeiter an Rhein und Ruhr. Zu den gestern begonnenen Vermittlungsverhandlungen in Düsseldorf, unter Leitung des dortigen sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Bergemann, läßt sich nämlich die „Vossische Zeitung“ folgendes melden:

„Von dem Ergebnis der Besprechungen hängt es ab, ob und welche Maßnahmen ergriffen werden, um den Konflikt wenigstens soweit beizulegen, daß die Arbeit in den Betrieben vorläufig unter den alten Bedingungen wieder aufgenommen wird. (1) In beteiligten Kreisen glaubt man, daß die Arbeitgeber eine Aufhebung des Aussperrungsbeschlusses nicht werden umgehen können. Die Gewerkschaften würden in diesem Falle ihre Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordern (1), weil durch das Urteil der ersten Instanz ein Streitobjekt zunächst nicht mehr vorhanden ist.“ (1)

Der sicher gutinformierte Berichterstatter der „Voz“ sagt also ganz klar, daß die Gewerkschaftsführer bereit sind, ihre Mitglieder auch zu den alten Bedingungen wieder zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Und weil die Unternehmer dies wissen, deshalb glauben sie, mit aller Brutalität den ausgesperrten Arbeitern ihren Machtwillen aufzudiktieren zu können.

Die „Voz“ erlaubt sich auch deshalb, im Zusammenhang mit der obigen Meldung, folgenden Arbeitgebervorschlag mitzuteilen, den sie angeblich von einem rheinischen Unternehmer zur Beilegung des Konflikts und zur sofortigen Wiederherstellung des Arbeitsfriedens erhalten haben will. Hinter diesem beispiellos frechen Unternehmervorschlag stehen zweifellos die gesamten Unternehmer. Er lautet:

1. Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen.
2. Die Verhandlungen werden sofort wieder aufgenommen und längstens bis Ende Januar zu Ende geführt.
3. Für die Zeit, bis die Verhandlungen zu einem endgültigen Ergebnis geführt haben, gilt je zur Hälfte das bisherige und das neu zu vereinbarende Abkommen. (1)
4. Da es sich nur um wirtschaftliche Fragen handelt, verzichten beide Parteien darauf, ihre derzeitigen vermeintlichen Rechtsansprüche weiter zu verfolgen.“

Die Eisenindustriellen verlangen also von der Arbeiterschaft vollständige Kapitulation. Gnädigst wollen sie nach dem obigen Vorschlag der Arbeiterschaft zugestehen, daß sie nach 1½monatiger Wiederaufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen einige Pfennige Lohnerhöhung, über die in neuerlichen Verhandlungen gehandelt werden soll, erhalten sollen. Dieses höhnische Anerbieten muß das Gegenteil von dem erzeugen, was die Unternehmer mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsführer, die diesem Angebot nicht ablehnend gegenüberstehen, bei der Arbeiterschaft erreichen wollen. Die ausgesperrten Arbeiter müssen jetzt erst recht und entschlossener als je vorher die Forderungen gegen den Verrat ihrer Interessen und

# Der Ruhrkampf vor dem Reichstag

Fortsetzung der Aussprache — Einheitsront von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen

(Sig. Bericht.) Berlin, 14. November.

Der Reichstag setzte gestern die Aussprache über den Ruhrkampf fort. Für die Sozialdemokratie sprach Brandes, der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der Organisation der kämpfenden Hüttenarbeiter. Brandes, ein typischer Vertreter der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, begann seine Rede mit einer schmeicheleichen Rede und Verleumdungskampagne gegen die kommunistische Partei und gegen die von den kämpfenden Hüttenarbeitern gewählten eigenen Kampfstellungen. Was dann folgte, war die Verlesung eines Kollegs über Arbeitsrechtsfragen, das darauf eingeleitet war, die Ruhrkapitalisten zu einem Kompromiß mit den Gewerkschaftsorganisationen zu bewegen. Die einzige positive Forderung, die Brandes an die Koalitionsregierung stellte, war der Ruf nach einem Selbstverwaltungskörper, der paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretern zusammengesetzt werden soll. Um dieser Forderung verband Brandes die „Drohung“ an die Unternehmer, im Falle ihrer Weigerung, an der Durchführung einer Kompromißlösung mitzuarbeiten, die Suspendierung der Eisenzüge zu fordern.

Die Rede Brandes' war eine freche Verhöhnung der kämpfenden Bergarbeiter. Sie bedeutet praktisch die Vorbereitung des Kompromisses auf Kosten nicht nur der

Ruhrarbeiter, sondern der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Die bescheiderliche Charakteristik der Stellungnahme der Sozialdemokratie zum Ruhrkampf, wie sie in der Rede Brandes' aufgezeigt wurde, gab der auf Brandes folgende Deutschnationale Redner von Lindenberg, der erklärte, daß seine Partei bei ihrer Stellungnahme zu dem Ruhrkampf nicht so weit gehen könne, wie die Sozialdemokratie, deren Stellungnahme praktisch auf die völlige Preisgabe des Streikrechts der Arbeiterschaft hinausläufe. In der Stellungnahme zum Schlichtungswesen heißt der Deutschnationale Sprecher fest, daß eine völlige Einheitsfront von der Sozialdemokratie bis zu den Deutschnationalen bestehe.

Nach der Rede des Deutschnationalen Abgeordneten von Lindenberg, der die Reichsarbeiterschaft in einer Erklärung ab, in der er sich gegen den Vorwurf verwahrt, daß das Reichsarbeiterschaft nicht genügend das von den Unternehmern vorgelegte Material über die Wirtschaftslage geprüft habe.

Der Sprecher der Volkspartei, Abgeordneter Mollenhauer, verteidigte den Standpunkt des Unternehmertums und begründete den Urteilsspruch des Duisburger Arbeitsgerichts als die gegebene Grundlage für die Aufnahme neuer Verhandlungen. Nachdem noch die Vertreter der übrigen bürgerlichen Parteien zu Wort gekommen waren, wurde die weitere Aussprache auf Mittwoch vertagt. Als zweiter Redner wird für die kommunistische Partei Genosse Ullrich sprechen.

widerstand zu leisten, vor den betriebliehen Streitposten zu stehen und bis zur Erfüllung der Arbeiterforderungen geschlossen weiterzukämpfen.

Die gewerkschaftliche Opposition wird alle Kräfte einsehen, um zu erreichen, daß die Kampffront der Arbeiter steht, auch wenn Unternehmer und Reformisten zur Wiederaufnahme der Arbeit aufrufen. Doch kann nicht verschwiegen werden, daß der Kampf in eine überaus kritische Phase eingetreten ist. Das aktive Eingreifen der Gesamtarbeiterschaft ist wichtiger als je.

Klarer als je ist auch zu sehen, daß es sich um eine Schlacht zwischen Kapital und Arbeit handelt, die alle Arbeiter angeht und an der daher auch alle Arbeiter teilnehmen sollen.

In Zukunft will das Unternehmertum, trotz gelegener Preisse, keine Lohnerhöhung mehr zulassen. Darum geht der Kampf. Darum werden die kapitalistischen Schlichtungsinstanzen noch schärfer als bisher eingestellt werden.

Das Duisburger Urteil hat nur bestätigt, daß das Schlichtungswesen nur gegen die Arbeiterschaft gerichtet ist. Die Parole auf Exempel ist gemacht. Die Unternehmer werden sich nie von einem Schlichtungsbehörden lassen, wenn sie Kampfmaßnahmen für notwendig halten. In solchen Fällen werden auch die Massenarbeitslosen der kapitalistischen Republik stets im Sinne der Unternehmer entscheiden. Und die Koalitionsregierung wird Polizei und Reichswehr gegen die Arbeiter schiden und die Erwerbslosenunterstützung verweigern.

Das Schlichtungswesen hat nur den einen Zweck, die Arbeiter zu fesseln, den Arbeitern die Streikfreiheit zu rauben. Soll die Arbeiterschaft dieses betrügerische Spiel noch länger dulden oder soll sie es genau so machen wie die Unternehmer und kämpfen, wenn es in ihrem Interesse liegt? Die Arbeiterschaft darf sich nie mehr verbindlich erklären, Schlichtungsbehörden von Kampfmaßnahmen abhalten lassen, im Kampf muß das verbrecherische Schlichtungswesen hinweggefegt werden.

Heute gilt es, den kämpfenden Hüttenarbeitern aktive Unterstützung zu bringen. Ueberall müssen die Arbeiter Forderungen stellen und dafür in den Kampf treten. Wir sagen, daß ohne Rücksicht auf die Zwangskartelle vorgegangen werden muß. Aber heute kann man sogar bei kapitalistischen Verbänden eigene Beweisführung entgegenhalten. Denn die meisten Arbeiter schafften unter Latzen, die auf genau dieselbe Art und Weise zustande gekommen sind wie der rechtsunwirksam erklärte Ruhr-Schlichtungsbehörden. Der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie kann unter die Nase gerieben werden, daß selbst nach der Entscheidung „ihres Staates“ alle diese Zwangskartelle hinfällig sind, daß selbst juristisch für die meisten Arbeiter ein lächerlicher Zustand besteht. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben nicht die geringste Scheinrede mehr.

Abgesehen davon, hat die Arbeiterschaft überhaupt keinen Grund, sich um juristische Zwangskartellen, die die herrschende Klasse sieht, zu bekümmern. Im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit entscheidet nur die Macht!

Jetzt kämpfen 250 000 Arbeiter im Ruhrgebiet. In ganz Deutschland hungern Millionen! Ein entscheidender Kampf steht auf dem Höhepunkt. Jetzt muß alles für den Sieg der Arbeiter in die Waagschale geworfen werden!

**Wortlaut zur Gegenoffensive!**

## Solidaritätserklärungen überall Bergarbeiter-Zahlstelle Hindenburg-Zaborze I

Hindenburg, 14. November. In der Mitgliederversammlung der Bergarbeiter-Zahlstelle Zaborze I wurde einstimmig folgende Entscheidung angenommen:

„Die Mitgliederversammlung des DAV der Zahlstelle Zaborze I erteilt den Ausgesperrten 270 000 Metallarbeitern des Ruhrgebietes ihre vollste Sympathie aus. Die Aussperrung der Arbeiter durch die Unternehmer, die eine brutale Kampfanlage an die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands ist, zeigt der Arbeiterschaft die ganze Hohlheit der Phrasen von Wirtschaftsdemokratie etc. Der kapitalistische Staat steht auf Seiten der Unternehmer. Den Antrag auf Wahrung der Erwerbslosenunterstützung verweigert. Durch Hunger sollen die kämpfenden Arbeiter das Diktat der Unternehmer annehmen. Die brutale Kampf-

anfrage der Unternehmer muß den Widerstand der gesamten Arbeiterklasse hervorrufen. Die obersteinstehende Berg- und Hüttenarbeiterschaft muß ihre eigene Forderung um höheren Lohn und verkürzte Arbeitszeit stellen. Es gilt alle Kräfte zu sammeln, um zum Kampf bereit zu sein. Diesen Kampf vorzubereiten und zu organisieren ist die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften. In diesem unferem Kampf um mehr Lohn und Brot darf uns das Schlichtungswesen nicht hindern zur Erreichung unserer gerechten Forderung.“

## Die DAV-Fraktion beantragt die sofortige Einberufung des Vorkomitees

Die Tatsache, daß Straener bereits größere Summen zum Bau des Panzerkreuzers ausgegeben hat, nimmt die kommunistische Fraktion zum Anlaß, die sofortige Einberufung des Vorkomitees zur Stellungnahme in dieser Sache zu fordern. Die kommunistische Fraktion wird verlangen, daß sofort nach Beendigung der Ruhrdebatte in die Beratung über den Panzerkreuzer eingetreten wird.

## Die Mansfelder Hüttenarbeiter im Streit

Im Wandwalzwerk der Messingwerke Heilstadt haben die Arbeiter wegen dauernden Lohnrückganges die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich zunächst um etwa 40 Arbeiter. Verhandlungen führten bisher zu keinem Resultat. Von den Arbeitern wurde ab-Monat Oktober die Zahlung einer 30prozentigen Erhöhung gefordert. Die Erbitterung über die Ablehnung der allzu berechtigten Forderung unter der Belegschaft ist groß, und es ist möglich, daß noch größere Teile der Belegschaft des Messingwerkes die Forderungen der Arbeiter des Wandwalzwerkes zu den ihrigen machen.

## DAV-Führer bei Herrn Bögl

Verschiedene Personen aus der Führung des DAV haben am vergangenen Sonntag und Sonntag gemeinsam mit Vertretern der Christen in der Privatvilla des Stahlindustriellen Bögl mit diesem und den Industriellen Haniet und Klöden eine längere Besprechung abgehalten.

Diese ungeheuerliche Tatsache zeigt, welchen Kurs die Bürokratie unmittelbar zu Gunsten der Abwägung des Kampfes und Preisgabe aller Forderungen der Hüttenarbeiter.

Die schärfste Wachsamkeit der Gesamtarbeiterschaft, die Organisation der Solidaritätsaktion auf breiter Grundlage — das sind die notwendigen Gegenmaßnahmen gegen reformistische Verrat!

## Vom Tage

In der Zeit vom 15. bis 31. Oktober ist, wie amtlich gemeldet wird, die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von 593 600 auf 671 000 gestiegen, das ist um 77 400 oder um 13 vom Hundert.

Der Vorkomitee des Reichstages wird heute vormittag zusammen-treten, um darüber zu entscheiden, ob nach Abschluß der Aussprache über die Aussperrungen im Westen die Panzerkreuzerdebatte erfolgen soll.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat einen besonderen Ausschuss eingesetzt, um Vorschläge für weitere Beschäftigungen des Schlichtungswesens im Interesse der Unternehmer auszu-arbeiten.

Bei einer antifaunistischen Kundgebung nationalistischer Studenten in Laibach kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Eine Anzahl Demonstranten wurde verhaftet.

Die Mussolini-Regierung hat in Westgalizien wiederum eine große Anzahl von Verhaftungen vorgenommen. Insgesamt sind 36 Personen, darunter führende Kommunisten, verhaftet worden.

Anlässlich des mexikanischen Wahlkampfes wurden bei einem Gefecht zwischen Bundesstruppen und liberalen Aufständischen 44 Personen getötet.

**Kollege, hast du schon für die kämpfenden Ruhrarbeiter gesammelt?  
Fordere Sammelisten von der IAN.  
Jeder gebe reichlich, denn dieser Kampf ist auch euer Kampf!**

## Erotik und Spionage in der Etappe Gent von Heinrich Wandt

41 (Copyright by Agis-Verlag / Wien-Berlin.)

Da wachte das nächste, das dritte Feldkriegsgericht, das über den unglücklichen Niederländer „Recht“ sprechen mußte, was seines Amtes war. Es lasse das Todesurteil und der nunmehr befriedigte Gerichtsherr legte sein „Befähigt“ darunter.

Kindig und nachlässig dämmerte der 3. Februar 1918 herauf. Da wurde der in der Kaiserliche seiner Jahre stehende, früher so lebenslustige Vizefeldwebel Niederländer aus dem Gefängnis in der Mauerstadt Gent herangezogen und nach den Schicksalshänden am Cobdenplatz gebracht, der heute Martelaarslaan heißt.

Der Kapitän, dem das Gefängnis unterstand, ein Schwärmer in Zivil, und der Truppenarzt Schönborn begleiteten ihn auf dieser letzten Fahrt.

Er hatte bis zum letzten Augenblick vergebens gehofft, daß das von ihm und seinem alten Vater an den Kaiser gerichtete Gnaden-gesuch Erfolg haben würde.

Die kombinierte Kompanie des Landsturm-Infanterie-Regiments 11 Gent war auf dem Schiffe, wie üblich, in einem Salon einer Seite hin offenem Mittel aufgestellt, und in seiner Mitte standen die zehn Schützen, die dem Befehl eines Leutnants unterstanden.

Hauptmann Richter, im bürgerlichen Leben Rechtsanwalt in Berlin, das mal freiwilliger Kriegsveteran der Etappen-Kommandantur Gent, hatte die schwere Aufgabe, den armen Kaiser Gnade zu geben, daß der Kaiser von dem Vergnügungsrecht keinen Gebrauch gemacht habe.

Als der Verurteilte auch diese Hoffnung geschwunden sah, suchte er wohl einen Augenblick schmerzlich die Hände zusammen, aber dann sagte er sich ruhig und war wieder der alte, tapfere Frontsoldat, der dem Tode schon hundertmal ins Auge gesehen hatte. Er blickte sich im Kreise herum, winkte dem zu seiner Erziehung aufmerksamen Soldaten freundlich zu und rief mit lauter und feierlicher Stimme: „Lebt wohl, Kameraden!“ Und dann, als er schon an dem Walle stand, wendete er sich nochmals an die Schützen: „Hielt gut!“

Seine erlöste das scharfe Kommando des die Egeluktion leitenden Leutnants: „Legt an — Feuer!“

Die Salve krachte — aus fünf Schritt Distanz — und der nur leicht Getroffene — acht der zwölf Soldaten hatten bemerkt in die Luft geschossen — sank langsam vornüber, den weißen Sand mit seinem warmen Blute färbend.

Aber erst nach 1/2 Minuten konnte der Kommandanturarzt den emgetretenen Tod des Vizefeldwebels Niederländer feststellen.

Der Wille des kommandierenden Generals der 39. Infanterie-Division, dessen Namen ich lieber nicht anpfeifen kann, weil er mir entfiel, war erfüllt, aber er hielt den Zusammenbruch des schändlichen Systems um keine Sekunde auf.

Im Gegenteil: der Name des auf sein Geheiß gebrandschieten tapferen Frontsoldaten leuchtete dessen Kameraden von Stund an wie ein Stern voran, bis zum 9. November 1918.

## Der Mädchenmord im Hause Himmelsfing

Der 43-jährige verheiratete Musiker Johann von Fein, ein harter Alkoholiker und geistig nicht normaler Mensch, den das Kaiserreich in seiner höchsten Not als Landsturmmann ohne Waffen unter d'e Fahnen rief und dann als Ordnungsmann in ein Genies Offizierskasino abkommandierte, eierte in dieser Stadt bald dem guten Beispiel seiner Vorgelerten nach und legte sich eine Geliebte zu.

Sie war eine junge, ungebildete, ganz auf sich allein angewiesene und durch den Krieg stollos gemachte Proletarierin, die der Hunger, der in ihren Eingeweiden krachte, dazu trieb, nachts auf die Straße zu laufen und sich dem ersten besten besessenen Soldaten, der Gefallen an ihr fand, für zwei Mark oder ein Kommissbrot hinzugeben.

Auf diese Art wurde eines Abends auch von Fein mit ihr bekannt und, weil sie sich in den Kämpfen der französischen Eroberer schon gut bewandert zeigte, so suchte er sie von da an an jedem Wochentag auf und ging schließlich ein richtiges Liebesverhältnis mit ihr ein.

Der arme Schwachkopf gab sich allmählich allen Erbes dem Wahne hin, daß er sie mittels der paar Groschen, die er ihr an jeder Wochentag in die Hand drücken konnte, aus dem Kampf der Prostitution zu retten vermöge, und er war ihr so ganz und gar sexuell hörig, daß er einfach nicht glaubte, daß sein „süßes Herzchen“ noch nach wie vor mit jedem anderen Geldgräber, den es gerade dazu gelästete, geschlechtlichen Umgang pflegte.

Als ihm seine Geliebte eines Tages in trefflich gespielter Anmut eröffnete, daß sie von ihm schwanger sei und höchstens niederkommen

würde, zweifelte er darum keinen Augenblick an der ihm so kurzerhand aufgebundenen Vaterkraft, sondern ließ sich vor der Zornenden, die ihn den frevelhaften Ueberer ihres Unglücks schalt, so starr, wie sie es heiligt, auf die Knie nieder und betete um ihre Verzeihung.

Sie drehte sich nur unwirsch um und sagte mit einer bezeichnenden Handbewegung: „Kus mijn broek!“

Er tat auch dies, aber sie gebärdete sich unversöhnlich und schrie ihn an, daß ihr mit seinem bloßen Mittel und dem Herumrutschen auf dem Bauche nicht geholfen wäre, sondern daß er, wenn er sie wirklich liebe, danach trachten müsse, ihr so rasch wie möglich eine größere Summe Geld zu verschaffen, damit sie während der kommenden schweren Wochen, in denen sie nichts verdienen könnte, wenigstens ein sicheres Obdach und ein bißchen Essen hätte. Und sie schloß: „Wenn ich dem Hans die Miete und das Kostgeld nicht mehr bezahlen kann, setzt er mich auf die Straße und dann kann ich mitlämmt beim Bankrott in die Scherbe springen; aber dann hast du uns auf dem Gewissen für Zeit und Ewigkeit, du Wacklappen!“

Sie stieß ihn mit einem heftigen Fußtritt von sich und ließ sich an diesem Abend weder eine Barmherzigkeit, geschweige eine innige Umarmung von ihm gefallen. Und er mußte auch, ohne daß sie ihm wie sonst mit der Ferkel die ganz im Finstern liegende enge und halbschattige steile Straße hinunterleuchtete, den Weg auf die Gasse finden.

Er schloß ganz zerknirsch in sein Quartier zurück und trank dort in einem Zuge die bis zur Hälfte gefüllte Cognackflasche aus, die er sich im Offizierskasino beim Abräumen von der Tafel auf die Seite gebracht hatte. Und dann grübelte er im Bette noch lange und vergeblich darüber nach, wie er es anstellen könnte, um mit einem Schloß zu dem größeren Betrag zu gelangen, den seine Geliebte von ihm verlangte.

Am anderen Tage ging er wieder zu ihr und brachte ihr ein paar Mark, die er sich von einem Kameraden gepumpt hatte, und außerdem beschwor er sich hoch und heilig, sie in ihrer Not nicht im Stich zu lassen, sondern ihr so viel Geld zu verschaffen, daß sie nicht ins Wasser zu gehen bräuge.

Sie war es zufrieden, er durfte die Nacht wieder bei ihr verbringen, und als er am frühen Morgen von ihr schied, da mußte er, auf welche Weise er sein Versprechen wahrnehmen konnte. Sie hatte ihm, während sie ihn in voller Selbstfülligkeit umschlang, den Lippen Ohr gesprochen.

(Fortsetzung folgt)

# Oberschlesien

## D.-G.-Arbeiter formieren die Kampffront

### Bergarbeiter fordern Lohnerhöhung Kassahl drischt Phrasen

Am 4. November hielt die Zahlstelle des D.G. Adorfer-Bezirks eine Mitgliederversammlung ab. Der Bezirksleiter Kassahl sprach über die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter und den Ausbruch des Streikens. Sein Redeinhalt war eine Verteilung der reformistischen Niederlagenpolitik und des Streikbruchs, wie er von der D.G. Bürokratie seit wieder in Waldenburg geleitet wurde. Er erklärte, der Kampf in Waldenburg hätte nach 14 Tagen abgebrochen werden müssen, weil ein Schlichtungsbescheid gefaßt worden sei, bei dem Bergarbeiter 8 Prozent Lohnerhöhung gebracht habe. Dann versuchte er, die schändliche Haltung der Gewerkschaftsbürokratie jetzt bei der Ausperrung im Ruhrgebiet zu rechtfertigen. Weil die Arbeiter aber immer klarer den wahren Charakter der reformistischen Niederlagenpolitik erkennen, und weil Kassahl mit Recht befürchtet, daß auch sein Einfluß auf die Arbeiter immer mehr zurückgeht, wurde er r a d i k a l, als er von der Lage der Bergarbeiter im ober-schlesischen Bezirk sprach. Er sagte, der Lohn- und Mantelstreik für den ober-schlesischen Bergbau müsse zum Frühjahr getätigt werden. Wörtlich sagte er:

„Der Kampf im nächsten Frühjahr ist un v e r m e i d l i c h, da auch in Oberschlesien die Zustände unhaltbar sind. Wollt man in Oberschlesien noch länger die neun- oder zehnstündige Arbeitszeit haben, muß jeder Kamerad dazu beitragen, die Organisationskraft zu stärken durch Gewinnung neuer Kämpfer.“

In der Aussprache sprach Kamerad W o s z j a von der Opposition und sagte auf, wie die Gewerkschaftsbürokratie durch ihre Politik den Verband „hütet“. Wenn die Christen bei der Knappschichtwahl zugewinnen haben, so deshalb, weil die Bürokratie des D.G. die Mitglieder bei der Aufstellung der Listen nicht nur ausgeschaltet, sondern deren Willen bergewaltigt hat. Im Waldenburger Kampf hat die Gewerkschaftsbürokratie die Flugblätter, die zum Abbruch des Streikens aufforderten, schon vor der Revolutionskonferenz, die sich mit dem Schlichtungsbescheid beschäftigten sollte, gedruckt und verbreiten lassen. Zur Unterstützung der Arbeiter an der Ruhr forderte der Kollege W o s z j a die Solidarität auch der ober-schlesischen Bergarbeiter. Der Kampf der ausgesperrten Metallarbeiter ist auch unser Kampf, und wir müssen gemeinsam mit ihnen kämpfen.

Im Schlußwort gebärdete sich Kassahl wieder radikal; er erklärte, daß er „auch gegen das Schlichtungswesen“ sei und ließ sich zu dem bemerkenswerten Eingeständnis herab, daß der Kampf der Waldenburger Bergarbeiter durch den Schlichtungsschwindel zur Streide gebracht worden ist. Dieses Bekenntnis der edlen Seele hindert ihn aber nicht, morgen, wenn er nicht vor oppositionellen Arbeitern spricht, den eingestandenem Schlichtungsschwindel auf wärmste zu verteidigen.

Die oppositionellen Bergarbeiter nahmen Kassahl beim Wort und brachten eine Entschließung ein, die die Bezirksleitung beauftragt, eine Bewegung für eine zwangsentschiedene Lohnerhöhung einzuleiten. Diese Entschließung wurde einstimmig angenommen. Allerdings hätten sich die Arbeiter nicht darauf verlassen, daß Kassahl ihrer Aufforderung entspricht. Sie müssen deshalb ihren Kampf selbst vorbereiten, ihre Forderungen ausstellen und schließlich auch gegen den Willen der Kassahl u. Co. ihren Kampf führen. Es geht nicht um die Bekämpfung des Streikbruchs, sondern um die Vorbereitung und Organisierung des Kampfes gebildet werden.

### Hindenburg Bergarbeiter solidarisch Sympathieerklärungen genügen nicht

In der gestrigen Nummer unserer Zeitung veröffentlichten wir bereits die Entschließung, welche in den D.G.-Zahlstellen 2 und 3 Hindenburg angenommen wurde. Heute lassen wir den ausführlichen Bericht folgen: Die Zahlstellenversammlung war von 70 organisierten Kameraden besucht. Auf Antrag der Opposition mußte die Aussperrung an der Ruhr behandelt werden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Bergarbeiter der Zahlstellen 2 und 3 des D.G. Hindenburg senden den kämpfenden Brüdern an der Ruhr solidarische Kampfesgrüße. Die Bezirksleitung des D.G. Oberschlesiens wird aufgefordert, zur Unterstützung der ausgesperrten Arbeiter Sammelaktionen herauszugeben.“

Nachdem in der vorigen Woche die Belegschaftsversammlung von Hegenscheid-Gleiwitz eine Sympathieerklärung angenommen hat, erklärten sich auch die Bergarbeiter Hindenburgs mit ihren Brüdern an der Ruhr solidarisch. Sympathieerklärungen allein genügen nicht. Es ist für jeden Arbeiter wichtig, daß die Auseinandersetzung an der Ruhr einen Kampf Klasse gegen Klasse darstellt. Die Auflösung des Kampfes durch die Unternehmung des Ruhrgebietes kann nur beantwortet werden mit der wuchtigen Gegenoffensive der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands. Da die Arbeiter familiärer Industriegebiete Deutschlands in Mitteldeutschland gezogen werden, darf es für die Arbeiter Oberschlesiens nicht bei Sympathieerklärungen bleiben, sondern für sie steht die Frage der aktiven Unterstützung durch Eintritt in die gemeinsame Kampffront. Die Arbeiter Oberschlesiens müssen eigene Lohnforderungen stellen und darüber hinaus alle Kräfte mobilisieren, um die Gegenoffensive auf der ganzen Front aufzunehmen. Eine wichtige Aufgabe ist auch die tatkräftige Unterstützung der Sammelaktionen der Internationalen Arbeiterhilfe.

### Schlägen gegen Schlingens bei Eisenbahn

Wie bekannt, herrschen in der Belegschaft des Unterbezirks Erzgebirgsbahnen, die natürlich keinen Anstoß zum Selbstmord der Deutschen erleben können. Man braucht ja nur Puder, Senf, Öl oder was sonst in den Händen der Arbeiter liegt, um sie zu dillieren (1). Das Klagen von Unzufriedenheit über den Anstoß, einen Schlingens zu entlassen. Jüngere Arbeiter wenden sich gegen solche Erziehungsmaßnahmen. Nicht nur in den kommunistischen Jugendverband und die Rote Jugendfront, um dort zu Klassenbewußten Profetieren erregt zu werden.

### Der Arbeitszeit nach oben werden keine Grenzen gesetzt

Im Wert der Drahtwerke kennt man einen Schichtführer, der bestimmten Zeit nicht. In der Regel wird natürlich acht Stunden die Woche gearbeitet. Wenn ein Kumpel den drei ausserordentlich Meister darauf aufmerksam macht, wird ihm mit der Entlassung gedroht. Wenn ein Kumpel ein paar Minuten zu spät zur Arbeit kommt, wird er bestraft, indem er eine Viertelstunde in Abzug kommt. Es gibt sogar Fälle, wo man ganz einfach den betreffenden Arbeiter nach Hause schickt. Die gesamten Kollegen werden gut informiert, daß sie auf ähnlichen Schicksal achten. Nicht eine Minute länger arbeiten! Ihr heißt nur zur Erhöhung des Profits für die Aktionäre! Kollagen! Wählt revolutionäre Betriebsräte! — Werbet Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes! — Stärkt die Opposition!

Betriebsunfälle tagtäglich. Im Wert der Drahtwerke geriet vor an einer Kaltwalze beschäftigte D. Jahre alte Waldenburger Arbeiter Franz Witzel mit der linken Hand in das Walzengetriebe, wobei ihm der Daumen abgerissen wurde. Bei dem Antreiben des Walzengetriebes ist es kein Wunder, wenn die Unfälle steigen. Der Profit erheischt das. Die Nationalisierung in den Betrieben erfolgt ausschließlich auf dem Rücken der Arbeiterschaft!

### Hindenburg

#### Invaliden sollen Umsatzsteuer zahlen

Selbst Rentenbesitzer werden durch das Finanzamt nicht verschont. In diesem Falle handelt es sich um den Invaliden Oswald Kubi, von dem man eine Umsatzsteuer-Vorauszahlung von 18,50 Mark für ein Vierteljahr fordert. Kubi ist verheiratet, hat zwei schulpflichtige Kinder und bezieht eine monatliche Rente von 89,00 Mk. Bei dieser „starklichen“ Rente ist K. genötigt, Rantingen und Hasenfelle auf- und zu verkaufen, um einige Mark hinzu zu verdienen. Man hat scheinbar keinen blauen Schimmer beim Finanzamt von einem solchen Geschäft, sonst würde man den Jahresumsatz nicht auf 7200 Mark beziffern. Es dürfte diesen Herren zu empfehlen sein, nur kurze Zeit ein solches „heimindringendes“ Geschäft mit ihren gutbegabten Stellen einzutauschen. Wenn K. versucht, einige Pfennige zu verdienen, so nur aus dem Trieb, sich und seine Familie zu ernähren. Es ist doch schlimm, wenn Invaliden noch zur Zahlung von Umsatzsteuer herangezogen werden, die von Hungergrößen leben müssen. „D, schöne Republik!“

### Oppeln

#### Brutale Schupo

Am Sonnabend, gegen 23 Uhr, sah man auf der Rühlstraße, wie Polizeibeamte einen anscheinend betrunkenen Mann ganz brutal transportierten. In unmenschlicher Art wurde das Opfer an die Hand-Letten genommen und auf der Erde geschleift. Wahrscheinlich wollten diese beiden Schupos den Mann so bis zur Wache schleifen. Inzugeschlossene Straßenspatzen machten aber diesem erbosen Treiben ein Ende. Die Schupo konnte dann gleich den Menschen richtig führen.

Wir fragen hiermit an, ob so ein unmenschliches Vorgehen der Beamten gebildet oder etwa gar vorgezeichnet wird? Wenn nicht, so sollten die beiden Beamten zur Verantwortung gezogen werden.

#### Achtung, Note Hilfe!

Am Freitag, dem 16. November, 19 Uhr findet im Schützenhaus eine äußerst wichtige Mitgliederversammlung statt. Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht. Mitgliedsbücher mitbringen. — Der Ortsvorstand.

#### Wer ist nun überflüssig?

Auf der Flurstraße, Ecke Rheinstraße, hängt ein Postbriefkasten, dessen Benutzung in Frage gestellt ist. Seit einigen Tagen wird der Platz um den Briefkasten zu einem Warteposten umgewandelt und umzäumt worden. Will jemand einen Brief in den Kasten stecken, so muß er über den Zaun springen.

Wir richten an die Postbehörde die beschriebene Anfrage, ob dieser Zustand noch weiter bestehen bleiben soll. Es wäre ratsam, diesen Briefkasten in der Nähe anzubringen, und zwar so, daß er ohne Hindernisse zu erreichen ist.

#### Mitgliederversammlung der Freien Turnerschaft

Die am 10. November stattgefundenen Versammlung, welche sehr mäßig besucht war, behandelte drei Tagesordnungspunkte. Aus dem 1. Punkte, Quartalsberichte, ist besonders zu entnehmen, daß die Stadtverwaltung der neu angelegten 8. Abteilung den Turnraum herverleigerte. Die Ursache hierfür liegt in den noch stark vertretenen bürgerlichen Vereinen und dem Einfluß des Belegschaftsbesetzers Grund. Auch versucht man, uns von den zwei zur Verfügung stehenden Tagen einen Tag zu nehmen, um ihn ausgerechnet der Feuerwehr frei zu machen. Die Freie Turnerschaft hat nur zwei Tage die Halle, wogegen die bürgerlichen Vereine die Turnhallen fünf Tage in der Woche benutzen. Die Freie Turnerschaft protestiert gegen diese Unterdrückungsmaßnahme und beschloß, unsere Genossen Stadtverordneten, sofort dagegen Schritte beim Magistrat zu unternehmen. Beim Kassenericht wurde auf Antrag der Revisionen dem Kassler Entlassung erteilt. Die Abrechnung der Bahnanfall gegenüber dem Vorjahr war sehr gut. Es folgten die technischen Berichte. Zu Punkt 3 gab Turngenossin Clara Laqua Bericht über die Frauenturnlehrkurse. Nach eingehenden Mitteilungen wurde die Versammlung mit dem Stimmlich geschlossen.

Nächste Stadtverordnetenversammlung Donnerstag, den 22. November, findet die nächste Sitzung der Stadtverordneten statt. Es geht zu erwarten, daß wieder heftige Debatten geführt werden. — Arbeiter geht hin und hört, wie die Bürger auch dort abfertigen.

### Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen  
Freitag 19.11.1930 19.30 Uhr Schützenhaus (Oppeln) Parteiverammlung. Tagesordnung: Die Unterdrückung der Turnräume durch die Stadtverwaltung. Besondere Einlassungen ergeben sich. Aufmerksam: Der Leiter der KW.

Kommunistischer Jugendverband  
Freitag 19.11.1930 19.30 Uhr Schützenhaus (Oppeln) Parteiverammlung. Tagesordnung: Die Unterdrückung der Turnräume durch die Stadtverwaltung. Besondere Einlassungen ergeben sich. Aufmerksam: Der Leiter der KW.

## Aus dem Beuthener SPD.-Lager

Vor einiger Zeit ist in Beuthen das sozialdemokratische „Volksblatt“ zu Grabe getragen worden. Als Ersatz versuchen die wenigen noch nicht ausgeforderten Sozialdemokraten die sogenannte „Beuthener Tagespost“ an den Mann zu bringen. Mit welchem Erfolg und Mitteln wird in nachfolgenden Arbeiterkorrespondenzen geschildert:

#### „Die Arbeiter schimpfen mich aus...“

Im hiesigen Arbeiterviertel wirkt eine Kundtägerin mehrere Etage der „Tagespost“ vor die Haustüren hin und bittet unsere Genossen, sie in Empfang zu nehmen. Als sie befragt wurde, warum sie die Zeitung nicht austragen will, gab sie zur Antwort: „Ich gehe in die Wohnungen der Arbeiter nicht mehr hin, denn wo ich komme, da schimpfen mich die Arbeiter aus!“

Bravo, Arbeiterbrüder! Raus mit allen Käseblättern aus den Arbeiterwohnungen!

#### Warum so schamhaft?

Der Untertitel, der Fischen als kulturelle und historische Einrichtungen bezeichnet und sich in den Stadtverordnetenversammlungen für die Klagen sehr warm einsetzt und verlangt, daß Gelder der Kommune zu Renovierungsarbeiten verwendet werden, hat ganz und gar verfallen, in das Kopfsack der „Tagespost“ des „SPD.“ einzufügen. Dabei muß man sich die Frage erlauben, ob das ein Versehen des ersten Blätterforschers ist oder ob die Redaktion genannter Zeitung etwa denkt, daß die Genossen der Beuthener Arbeiterpartei schon ganz und gar verblödet sind, daß sie nicht wissen, was für ein Blatt sie vor sich haben? Die Arbeiter lassen sich nicht belügen. Auch wenn die Bezeichnung, daß die „Tagespost“ ein sozialdemokratisches Organ ist, fehlt, wollen sie von ihr nichts wissen.

#### Der Inhalt kann ein Rhinoceros umbringen

Wie alle anderen SPD.-Zeitungen ihren Stoff aus den Kloten herausziehen, so auch diese neue Mißgeburt von „Tagespost“. Sie verzapft einen Blödsinn, der ein Rhinoceros umbringen könnte. In der Nummer 4, Jahrgang 1, wird der gemäßigteste Betriebsratsvorsitzende Genosse Kempinitski heruntergelumpt. Es wird behauptet, daß bei einer Befragung mit dem Obersteiger, als dieser mit einem Angeheften zu tun hätte, Kempinitski inzwischen auslief, sich nach der Kantine zu einer Stärkung begab und von einer weiteren Befragung Abstand nahm. Was ist aber w a h r? Eine berartige Befragung mit Aufsichtspersonen, wo eine Unterbrechung der Befragung vorgenommen werden mußte, fand niemals statt. Wahr ist aber, daß Kempinitski mit dem SPD.-Betriebsratsmitglied T u l k a im Oktober vorigen Jahres früh um 4 Uhr zu einer Befragung auf der Hauptanlage eingeladen ist. Nach holländischer Befragung sind beide auf der Nebenanlage Röhrlöhlschacht ausgefahren. Da aber der SPD.-Betriebsrat von der Befragung arg mitgenommen war, wollte er durchaus ein Auto haben, welches ihn nach der Hauptanlage bringen sollte. Da aber kein Auto zur Verfügung stand, begab man sich nach der Kantine zum Frühstück.

#### „Alles in Ordnung“ sagen SPD.-Betriebsräte

Mit welchen Vorteilen für die Belegschaft die SPD.-Betriebsräte gearbeitet haben, dazu einige Beispiele: Im September dieses Jahres nahm auf Grund von Beschlüssen der SPD.-Betriebsrat um Zahlstellenleiter des D.G. Anton Kaczmarek eine Befragung im Abteil Reichel vor. Und siehe da: Der SPD.-Abteilforscher fand „alles in Ordnung“. Auf Drängen der Belegschaft dieses Abteils mußte Genosse Kempinitski zwei Tage darauf eine neue Befragung vornehmen und es war alles in g e d r e n t e r A n o r d n u n g. Auf den Ortsummern wurden Temperatursen von 20 bis 31 Grad festgestellt. In den Erntewagen wuchsen Pilze. Die Wetterkarten waren unrichtig und noch mehr solcher „schönen“ Dinge.

#### „Ragt doch die Sacharen freiten“

Nicht unerwähnt wollen wir lassen, wie Gewerkschaftssekretäre des Deutschen Bergarbeiterverbandes um die Arbeiterpartei „bejagt“ sind: Als im Jahre 1928 die Belegschaften aus Bergweisung in den Streik traten, begaben sich fünf Betriebsräte nach der Belegschafts-

des D.G. Als diese den Gewerkschaftssekretär vor die Frage stellten, was zu tun sei, erklärte der frischgebundene, erdemagogische und sehr ungeschickte aller Unschicklichen: „Ragt doch die Sacharen stecken!“ Das war die empörende Antwort eines reformistischen Gewerkschaftsangehörigen, dessen Pflicht es gewesen wäre, den Streikenden mit Rat und Tat zur Hilfe zu eilen.

#### Wie war es in Dresden?

Ueber die Dresdener Fahrt scheint der Artikelschreiber der „Tagespost“ falsch informiert zu sein oder er markiert den großen Unwissenden. Es war doch ein SPD.-Mann, der für Kempinitski die Marke unbesetzt entnommen hat, und ein SPD.-Mann spielte bei der Verwallung den Denunzianten. Es wäre wünschenswert, wenn die Arbeiterpartei Beuthens wüßte, was die kommunistischen Genossen und die heilbringenden SPD.-aner in Dresden getrieben haben. Aber in der

### Bezirksparteiarbeiter-Konferenz

Sonntag, den 18. November, 9.30 Uhr in Gleiwitz, Saal „Kaiserhof“, Oberwallstraße. Jede Ortsgruppe und alle Betriebs- und Strazenzellen des Industriegebietes müssen durch den Pol.-V. oder einen beauftragten Funktionär vertreten sein. Partei- und Gewerkschaftsbuch sind mitzubringen. Tagesordnung: Bericht vom 6. Weltkongress.

Bibel steht es nicht geschrieben, daß die SPD.-Stadtverordneten im Dresdener Rathaus auf Konto der Dresdener Steuerzahler am Festessen teilnehmen, wogegen die Kommunisten für eigenes Geld ins Gewerkschaftshaus zum Abendbrot gingen. Uns Kommunisten ist das nichts Neues, so etwas zu erleben, denn die SPD.-Stadtverordneten haben bis jetzt an jedem Festessen, welches auf Konto der Beuthener Steuerzahler ging, immer teilgenommen.

Die Beuthener Arbeiterpartei weiß die verzweifeltsten Anstrengungen der SPD. richtig einzuschätzen. Sie hat noch nicht vergessen, wie die sozialdemokratischen SPD.-Angestellten Unschicklichkeit im Betriebe stifteten und selbst vor dem Ausschluß der revolutionären Kameraden aus der Organisation nicht zurücktraten. Deshalb will die Arbeiterpartei von der SPD. und ihrer „Tagespost“ nichts wissen.

### Gleiwitz

#### Aus den Gleiwitzer Betrieben

Wir veröffentlichen mehrere Zuschriften von Arbeiterkorrespondenten. Die Red.

#### Abbau wegen „Arbeitsmangel“

In der Drahtindustrie sollen in der nächsten Zeit nach Angabe der Verwaltung 20 Prozent der Belegschaft wegen Arbeitsmangel abgebaut werden. Einem Teil von diesen in Frage kommenden Arbeitern ist bereits in den letzten Tagen gekündigt worden. Vor allem sind ältere Arbeiter vom Abbau betroffen. Die Gründe liegen in letzter Linie im Arbeitsmangel. Folgender Fall gibt hierüber näheres Aufschluß: Vor wenigen Tagen wollte ein jugendlicher Arbeiter seine Karte, da in der Drahtindustrie funktionsfähige Wägen gefaßt werden. Der Betriebsführer S c h a d e verweigerte dem Arbeiter die Herausgabe der Papiere und versprach ihm andere Arbeit und mehr Lohn.

Kollegen! Die älteren Arbeiter, deren Arbeitskraft durch das Kapital ausgebeutet ist, wirft man auf die Straße, um die Jugend mit so besser auszubilden zu können. Wacht auf und kämpft gegen diese Nationalisierungsmethoden!

Sagan

Ernst Ramtke Schuhwaren Replerstr. 55

Artur Bürger Gemüse, Kolonial- und Lebensmittel

Paul Bürger, Brot, Weiß- und Feinbäcker

B. Scapin, Replerstraße 10

Schokoladenhaus Fr. Berliner, Replerstraße 60

Wäsche - Belleidern Carl Zuger, Replerstraße 20

Gustav Lehmann, Sorauer Straße 15

Em. Meusch, Sorauer Straße 24

Herrn. Bestert, Ludwigplatz Nr. 21

Otto Schulz Sorauer Straße 29

THIELE & KALBITZ Sorauer Straße 19

Zur goldenen 34 A. GANTZ

Damenpuß Maria Gurad

Güte - Wägen - Pelzwaren F. WINKLER

Restaurant „Zur Weintraube“ De-Luca

Adolf Sello, Goldschmied

MAX APELT, Zigarrenhaus

S. & J. Crohm Damenkonfektion

Alfred Müller, Kaiser-Wilhelm-Platz 1

ELSE HOFFMANN Stadthofstraße 2

Die Saganer Central-Molkerei

Geht alle ins Saganer

Sankt-Haare Sorauer Straße 19

Fahrräder Rähmaschinen

ROBERT RICHTER Replerstr. 31

Brand & Klaus Metzgerei und Gast

A. Michaels, Ring 33 Wäschehaus

P. Franke Möbel- und Bauschreiner

P. Kahl, Niedereck 57

Reine Fleisch- und Wurstwaren

Fritz Gutsche, Breite Straße 73

Brot- und Feinbäcker

Kornbrot - Kornwaren

Uhren und Goldwaren

Reine Fleisch- und Wurstwaren

Spirituosen Kauf in der Probierstube

Brot- und Feinbäcker

Otto Ringel, Niederstraße 54

Milch- Butter- u. Käsegeschäft

Jungbier zum Selbstkochen

S. Gebhardt, Ring 9

Automobil-Fahrschule

Kostitzer Schwarzbier

Paul Mohr, Niederstraße 10

Carolinenhans P. Sander

Kaufhaus Kornstein

Rittelmann & Riedel

Glücksdorfer B. Glaser

Kunella Gold

Kunella Gold

W. Grau Damenkonfektion

Biergroßhandlung Vinzenz Jänsch

Max Jordan Friedrichstraße 30

HEINRICH HEINZEL

Adolf Lehmann

Paul Wille, Berliner Straße 37

A. Gentschel

Kaufhaus Bernstein

Liegnitz

Paul Kahl, Niedereck 57

Reine Fleisch- und Wurstwaren

Fritz Gutsche, Breite Straße 73

Brot- und Feinbäcker

Kornbrot - Kornwaren

Uhren und Goldwaren

Reine Fleisch- und Wurstwaren

Spirituosen Kauf in der Probierstube

Brot- und Feinbäcker

Otto Ringel, Niederstraße 54

Milch- Butter- u. Käsegeschäft

Jungbier zum Selbstkochen

Max Jordan Friedrichstraße 30

HEINRICH HEINZEL

Adolf Lehmann

Paul Wille, Berliner Straße 37

A. Gentschel

Kaufhaus Bernstein

Liegnitz

Paul Kahl, Niedereck 57

Reine Fleisch- und Wurstwaren

Gotthold Gabler, Glaserstr. 5

Billigste Bezugsquelle von Lebensmitteln

Fleisch- und Wurstwaren

Trinkt die wohlbeläunlichen

Grünberger Bergschloß-Biere

Manufaktur-, Weiß- und Wollwaren

August Gürnth

Karl V. Kers

Möbel

Friedrich Horlitz

Joseph Franz II.

Damenkonfektion

W. Grau

Biergroßhandlung

Max Jordan

HEINRICH HEINZEL

Adolf Lehmann

Paul Wille

A. Gentschel

Kaufhaus Bernstein

Liegnitz

Paul Kahl

Reine Fleisch- und Wurstwaren

Fritz Gutsche

Brot- und Feinbäcker

Kornbrot - Kornwaren

Uhren und Goldwaren

Reine Fleisch- und Wurstwaren

Spirituosen Kauf in der Probierstube

Brot- und Feinbäcker

Otto Ringel

Milch- Butter- u. Käsegeschäft

Jungbier zum Selbstkochen

Max Jordan

HEINRICH HEINZEL

Adolf Lehmann

Paul Wille

A. Gentschel

Kaufhaus Bernstein

Liegnitz

Trinkt einheimisches Bier der Brauerei Bergschloßchen A.-G.

Hirschberg

Haynau

Marie Winter, Friedrichstraße 12

Theodor Prinz, Ring 30

Max Grünbel, Stadtstraße 8

Otto Hietzorel

Gebr. Zimmer, Liegnitzer Straße 34

MAX SCHREIBER

Hermann Stiller

Schuhwaren

Goldberg

Herren- und Knabenbekleidung

Paul Förster

Alfred Richter, Friseurgeschäft

Referiert 100

ZIGARRENHAUS

Hugo Kubas

Spezial - Hut - Haus

Bunzlau

H. Grundmann

Das Wollschiff

Fahrradhaus Hoffmann

Fahrräder - Nähmaschinen

Fahrräder - Motorräder

Otto Scholz, Fleisch- u. Wurstwaren

G. Bruchmann, Greiffenberger Str. 11

Fleischerei und Wurstfabrik

Kaufhaus Hietzorel

OTTO SPÜTH & SOHN

Herrmann Hirschfeld

D. L. Pariser's Wwe.

Bekleidungshaus

A. Strokosch / Markt

Graf Wolf

Mag. Schreidt

Hirschberg-Cunnersdorf

Erich Schröter

Neusalz

M. Zuckermann

Herren-, Knaben- und Berufsbekleidung

Neusalz

Paul Walter, Berliner Straße 85

A. Stephan, Freyhäbeler Straße 15

Arbeiterbekleidung

Friebel & Grote

Lebtecht Hülner

Möbelschreiner - Sargmagazin

Billigste Bezugsquelle

P. Kreidel, Friedrichstraße 40

EMIL WIESNER

ALBERT KUNKE

Kaufhaus Bernstein

Liegnitz

Paul Kahl

Reine Fleisch- und Wurstwaren

Fritz Gutsche

Brot- und Feinbäcker

Kornbrot - Kornwaren

Uhren und Goldwaren

Reine Fleisch- und Wurstwaren

Spirituosen Kauf in der Probierstube

Brot- und Feinbäcker

Otto Ringel

Milch- Butter- u. Käsegeschäft

Jungbier zum Selbstkochen

Max Jordan

HEINRICH HEINZEL

Adolf Lehmann

Max Jordan

Friedrichstraße 30

HEINRICH HEINZEL

Adolf Lehmann

Paul Wille

A. Gentschel

Kaufhaus Bernstein

Liegnitz

Paul Kahl

Reine Fleisch- und Wurstwaren

Fritz Gutsche

Brot- und Feinbäcker

Kornbrot - Kornwaren

Uhren und Goldwaren

Reine Fleisch- und Wurstwaren

Spirituosen Kauf in der Probierstube

Brot- und Feinbäcker

Otto Ringel

Milch- Butter- u. Käsegeschäft

Jungbier zum Selbstkochen

Max Jordan

HEINRICH HEINZEL

Adolf Lehmann

Paul Wille

A. Gentschel

Kaufhaus Bernstein

Liegnitz

Adolf Lehmann

Sprottau

Verkehrsbüro „Zur Altheutchen“

Breslauer Konfektionshaus

FAHRRADHAUS

Kolonialwaren

Billig und gut

Adolf Schindler

Glogau

Büchsenwaren aller Art

Zigarren

Friseur W. Welzel

Motor- und Fahrräder

Brot- und Feinbäcker

Willa-Fahrräder

Referiert

Preiswerte Tabakwaren

Liegnitz

Max Futter

Kleiderstoffe

Wollwaren

Putzwaren

Damenkonfektion

Kurzwaren

Strümpfe

und Wollwaren

Wollwaren

Wollwaren

Wollwaren

# Die Rede des Genossen Florin zum Hüttenarbeiterkampf

Die bürgerlichen Parteien, die Sozialdemokratie, die Gewerkschaftsinstanzen und die Regierung behandeln die Frage der Auslieferung im Rhein- und Ruhrgebiet lediglich als eine Rechtsfrage. In Wirklichkeit handelt es sich um eine eminent wichtige politische Frage, um eine Machfrage. (Sehr richtig! bei den Komm.)

Um was geht es? Es handelt sich um eine Lohn- und Brotfrage, somit um Brot für die Arbeiter. Die Kapitalisten erzählen nun mit Hilfe ihrer Presse den Werktätigen, sie könnten nichts zahlen. Sehen wir uns darum die Verhältnisse in der Rhein-Ruhr-Industrie an.

Die Behauptung der Unternehmer ist in jeder Beziehung unwahr. Nehmen wir beispielsweise den Röhren-Konzern. Nach seinem letzten Abschluß wurden aus eigenen Mitteln für Neubauten und Reparaturen 9 Millionen ausgegeben, an Abschreibungen wurden 8 Millionen in Rechnung gestellt. Gleichzeitig wurde die Erhöhung der Beteiligung mit 2 Millionen vorgenommen. Trotzdem wurde ein Reingewinn von 6,5 Millionen erzielt.

Die Güte-Hoffnung-Hütte kündigt jetzt eine Dividende von 10 bis 15 Prozent an. Die BSWG hat einen Reingewinn von 25,6 Millionen und zahlte eine Dividende von 18,99 Millionen. Die Vereinigten Stahlwerke hatten einen Reingewinn von 72 Millionen. (Hört! hört! bei den Komm.) Die Firma Krupp-Essen hat gegenüber dem Vorjahr einen Mehrgewinn von neun Millionen und einen Reingewinn von 13 Millionen, von dem selbst das „Berliner Tageblatt“ sagte, daß er in Wirklichkeit mehr als das Doppelte betrage.

Dabei haben die Trustkapitalisten es ausgezeichnet verstanden, die Staatsgewalt für ihre Interessen auszunutzen. Rüst man gegen über diesen ungeheuerlichen Gewinnen die von ihnen gezahlten Steuern, so ergibt sich folgendes Bild:

August Thyssen in Mülheim hat noch 1914 54 Millionen versteuert, nach der Stabilisierung wurde sein Vermögen steuerlich nur mit 17 Millionen eingeschätzt. Frau Bertha Krupp von Bohlen-Halbach ließ vor dem Kriege ein Vermögen von 383 Millionen versteuern, nach der stabilisierten Währung nur noch von 72 Millionen. Denken wir dabei noch an die 715 Millionen, die den Ruhrkapitalisten in den Kassen geworfen wurden, während der Ruhrbesetzung, so muß man hier von einem

## Massenbetrug am werktätigen Volke

sprechen.

Wie kommen die ungeheuren Gewinne zustande? Wir finden eine gewaltige Steigerung der Produktion an Hoheisen bei einer geringeren Zahl der Belegschaften, also vollkommen auf Kosten der Arbeitskraft! Verschärfter Alford, Antriebsverlust, Entlastung der Minderleistungsfähigen, man nennt das „Auslese der Kräfte“, Steigerung der Unglücksziffern, Senkung des Reallohns — das war der Boden, auf dem die Gewinne der Unternehmer prächtig gediehen.

Wie stehen nun die Lohn- und Brotfragen im Verhältnis zu den Eisenpreiserhöhungen in der letzten Zeit? In einem Werk des Ruhrgebietes ergeben die Produktionsziffern, daß auf einen Arbeiter umgerechnet im Monat 40,2 Tonnen entfallen. Da der Unternehmer auf pro Tonne einen Gewinn von 4,88 Mark einheimst, macht das umgerechnet auf einen Arbeiter und 40,2 Tonnen 196,17 Mark im Monat. Der Arbeiter hatte bei der Eisenpreiserhöhung auf pro Tonne nur 19 Pfennige Lohn- und Brot, das macht bei 40,2 Tonnen im Monat für ihn nur 7,63 Mark aus.

Selbst Bissell als Vertreter der Regierung mußte ja heute zugeben, daß bei der Durchführung des Schiedsspruchs noch die Löhne im Industriegebiet niedriger sein würden, als in den anderen Industriegebieten Deutschlands.

Es ist unwahr, daß eine Erhöhung der Löhne im Ruhrgebiet nach den letzten Schiedssprüchen überhaupt erfolgt ist. In den meisten Fällen ist noch eine

## Lohnherabsetzung auf dem Wege raffinierter Affordregulierung

erfolgt. (Hört! hört! bei den Komm.) Aufreizend wirken bei solcher Sachlage die Gehälter der Direktoren. Der Direktor des Stahlwerksverbandes bezieht ein jährliches Gehalt von 180 000 Mark. 110 000 Mark verdient der Direktor des Röhrenverbandes. Drei Titulardirektoren erhalten jährlich je 45 000 Mark. 33 Handelsbevollmächtigte und Prokuristen erhalten in diesen zwei Verbänden zusammen 640 000 Mark Jahresgehalt. Dazu kommen dann noch die ungeheuren Entnahmen. Welcher aufreizender Luxus von diesen Kapitalisten getrieben wird, das zeigt deutlich der Prozeß gegen die mittelständischen Metallkapitalisten in Frankfurt, wo zur Sprache kam, daß man allein für ein einziges Festessen 40 000 Mark ausgegeben hatte. (Ein deutscher Abgeordneter macht einen Zwischenruf zugunsten der Unternehmer, worauf ihn aus den Reihen der Kommunisten geantwortet wird: „Du hast wohl selbst mitgefressen!“ Glode des Präsidenten.)

Diese parasitäre Gesellschaft ist es, die die 215 000 Arbeiter auf die Straße geworfen hat. Wenn man noch die gewaltigen Ziffern von Festschichten hinzurechnet, die im Bergbau einbezogen sind, so werden mehr als eine Million Menschen in den Hunger und damit in den Kampf hineingetrieben.

Diese Auseinandersetzungen gehen über den nationalen Rahmen weit hinaus. Sie sind der Ausdruck der Tatsache, daß die relative Stabilisierung in der kapitalistischen Welt zu faulen beginnt und daß damit eine

## ungeheure Verschärfung der Klassegegensätze

eingetreten ist. Die Auslieferung im Ruhrgebiet signalisiert in diesem Sinne einen verschärften Konkurrenzkampf der deutschen Kapitalisten auf den Absatzmärkten des Weltkapitals und gleichzeitig auch die Vertreibungen des neuen deutschen Imperialismus mit seiner militärischen Aufrüstung. Den verschärften Kampf auf den Absatzmärkten können die deutschen Kapitalisten nur durchzuführen auf Kosten der deutschen Arbeiter.

Um ihre imperialistischen Ziele erreichen zu können, betreiben diese Kapitalisten im Innern eine

## Politik der schärfsten Unterdrückung der Arbeiterklasse.

Darum ihr Bestreben, das allgemeine Lohnniveau herabzusetzen, darum arbeiten, wie selbst die „Kölnische Zeitung“ gestehen muß, in 1813 Betrieben des Ruhrgebietes 9,40 Prozent der Arbeiter 48 Stunden, 1813 Prozent 52 Stunden, 9,4 Prozent 54 Stunden, 37,74 Prozent 57 Stunden und 2,86 Prozent 60 Stunden in der Woche. (Hört! hört! bei den Komm.)

In der Politik der Auslieferung gegenüber den Arbeitern steht der Staat völlig auf Seiten der Unternehmer. Das wenige, was die Kommunen an Unterstützung zahlen, soll noch zurückgezahlt werden. Der Sozialdemokrat Bissell kramt in den Gehaltsbüchern nach dem Rechtsweg und läßt dabei die Arbeiter ruhig verhungern. Eberding sorgt für Ruhe und Ordnung durch den Polizeistempel, Dilschding hält den Staatsfiskus für die Arbeiter zu, er wird ihn nur aufmachen, um den Unternehmern Subventionen zukommen zu lassen. Was wir

Kommunisten immer gelangt haben, ist wahr, die Politik dieser Regierung ist die Fortsetzung der Bürgerkriegspolitik.

Und was macht die preussische Regierung? Sie schickt Polizei ins Ruhrgebiet,

sie läßt die Sammelgelder der Internationalen Arbeiterhilfe beschlagnahmen. Der sozialdemokratische Regierungspräsident König verbietet den Kommunen, Wohlfahrtsunterstützung zu gewähren. Die von den Oberbürgermeistern beschlossene Unterstützung von 100 bis 150 Pfennig pro Arbeiter für je vier Tage, soll am Schlusse der Bewegung sogar noch zurückgezahlt werden.

Wie verhalten sich die Parteien? Die Sozialdemokratie sagt, die Staatsautorität ist in Gefahr. Aber die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten sichern den kapitalistischen Staat gegen die Arbeiter. Die Unternehmer machen angeblich einen Angriff auf das Schlichtungswesen. Dabei liegt es auf der Hand, daß sie nicht das Schlichtungswesen an sich bekämpfen, sondern die Auslieferung nur unternommen haben, um das Schlichtungswesen in ihrem Sinne noch weiter zu verschärfen.

## Die Politik der Gewerkschaftsführer

beweist in dieser Situation nur, daß sie vollkommen mit dem kapitalistischen Staatsapparat verflochten sind. Statt nach der Auslieferung den Kampf mit allen Mitteln zu organisieren, führen sie die Notstandsarbeiten in den Betrieben durch, versehen also die Technische Nothilfe der Kapitalisten, bilden nicht, daß Streikposten gestellt werden, sind einverstanden mit dem Beschluß der Oberbürgermeisterkonferenz, den Arbeitern ganze 90 Pfennige Unterstützung auf vier Tage zu gewähren. (Muirufe bei den Komm.) Darüber hinaus aber betreiben sie eine Zersplitterung und Spaltung der Arbeiterklasse. Sie kümmern sich in keiner Weise um die Unorganisierten. Statt die Gelegenheit zu benutzen, die unorganisierten Arbeiter für die Gewerkschaften zu gewinnen, betreiben sie eine Politik, die die unorganisierten Massen zu einer Gefahr für die Einheitsfront des Kampfes werden läßt. Nur die Opposition in den Gewerkschaften entwickelt eine klare Kampfstrategie und vertritt, auch die unorganisierten Arbeiter in den Kampf hineinanzuziehen. Die Gewerkschaftsleitungen beginnen jetzt sogar, faschistische Methoden anzuwenden. Sie lassen in den Betrieben keine Diskussion zu. Sie drohen mit Massenausweisungen oppositioneller Kollegen. Sie verbieten Betriebsräten, Belegschaftsversammlungen abzuhalten. Sie stellen so mit den Unternehmern in einer Front, um durch Ruhe und Ordnung den Trustkapitalisten den Rußhandel hinter den Rücken zu ermöglichen.

Die in diesen Tagen verhängt betriebene Kommunistenhege wird der Einheitsfront von Trustkapitalisten, Gewerkschaftsbürokraten und kapitalistischen Ministern nichts nützen. Unter der Führung der Kommunisten beginnen sich die Arbeiter zu sammeln. Aus den Betrieben heraus bilden sich

## revolutionäre Kampfleitungen.

Die Arbeiter gehen trotz Polizei und Terror auf die Straße. Die Bergarbeiter und die Transportarbeiter stehen kampfbereit. Die

Kommunisten tun alles, um dieses dreiteilige Kampfbündnis aller Arbeiter zurandeubringen. Wir fordern auch von dieser Stelle aus alle Arbeiter Deutschlands auf, überall zwischenzeitliche Lohnforderungen zu stellen, das Kampfbündnis mit den Arbeitern an Rhein und Ruhr zu schließen, auf die bestehenden Tarifverträge zu pfeifen und von den Betrieben aus auch gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsleitungen den Kampf aufzunehmen und mit der wirtschaftlich-richtlichen Politik der Gewerkschaften zu brechen. Sie müssen der Offenheit der Unternehmer die proletarische Gegenoffensive gegenüberstellen. Wer in der Defensive kämpft, kämpft einen verlorenen Kampf. Deshalb rufen wir den Arbeitern an Rhein und Ruhr, in ganz Deutschland zu, daß sie nur durch einen Massenangriff den Schlichtungsterror brechen können. Der Kampf unserer ausgeperrten Massenbrüder, der Hüttenarbeiter, ist ein

## Durchbruchskampf

gegen Trustkapital und Reformismus, ein Vorläufer noch viel größerer revolutionärer Durchbruchskämpfe.

Wenn von sozialdemokratischer Seite wieder demagogischerweise auf die Entgegnung der Kapitalisten angespielt wird, so sagen wir, das ist im Munde der Sozialdemokraten nur eine Demagogie. (Sehr richtig! bei den Komm.) Denn dieser Staat ist ja der Staat der Kapitalisten. Diese Regierung macht nur die Politik dieser herrschenden Klasse. Die Kommunisten sagen den Arbeitern: Die Entgegnung der Kapitalisten kann nur von den Arbeitern selbst in unmittelbarem revolutionärem Massenkampf her erfolgen. Nur auf dem Wege der Revolution, nur durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats! (Langanhaltender Beifall bei den Komm.) Wir haben im Ruhrgebiet schon einmal eine rote Armee gehabt. So wie im Jahre 1920 die Ruhrarbeiter aufstanden und mit dem Gewehr in der Hand die Rapp-Kutschken niederzuschlagen, waren sie, dem Rufe der kommunistischen Partei folgend, bereit, zu jedem Opfer den Kampf gegen Unternehmertum, Staat und Gewerkschaftsbürokratie zu einem siegreichen Ende zu führen. (Beifall und Bravorufe.)

## Deutsches Millionengeldent für Rumänien

Die deutsch-rumänischen Verhandlungen über die Regelung der finanziellen Streitfragen haben mit der Unterzeichnung eines Abkommens ihren Abschluß gefunden. Nach diesem Abkommen zahlt Deutschland an Rumänien in vier Jahren eine Summe von 75,5 Millionen Mark. Rumänien gibt dafür das noch nicht liquidierte deutsche Eigentum in Rumänien frei, nimmt den Zinsendienst für die nicht abgestempelten rumänischen Kriegsschulden nach einem festgelegten Plan wieder auf. Ferner verzichtet es auf seine früheren Ansprüche wegen der Banca-Generale-Noten; wegen der Depots bei der Reichsbank, auf die Ansprüche aus dem Bularester Frieden sowie auf das im Verfaller Vertrag formulierte Recht, unter bestimmten Voraussetzungen deutsches Eigentum zu beschlagnahmen.

Das Entschendende an diesem Abkommen, auf Grund dessen die Reichsregierung, die ihren Kreditboykott gegen die Sowjetunion mit Kapitalmangel zu „entschuldigen“ versucht, dem rumänischen Staat ein Millionengeldent von 75,5 Millionen Mark zuschickt, besteht darin, daß es den Weg für die gesteigerte Bekämpfung des deutschen Finanzkapitals auf dem Gebiet des Kapitalverkehrs freimacht.

Es schweben schon seit längerer Zeit Verhandlungen über eine Beteiligung der deutschen Reichsbank an der von den internationalen Notenbanken geplanten Aktion zur Stabilisierung der rumänischen Währung und über eine Beteiligung der deutschen Großbanken an der internationalen Kreditaktion für Rumänien.

Durch den Abschluß des oben mitgeteilten Abkommens ist das einzige Hindernis auf dem Wege zur Vermittlung dieser Pläne beseitigt.

# Aus aller Welt

## Das Urteil im Bergmann-Prozess

Im Lombardbetrugsprozeß Bergmann wurde am Dienstagvormittag folgendes Urteil verkündet:

„Der Angeklagte Bergmann wird wegen versuchten und vollendeten Betruges in strafverschärfendem Rückfalle, begangen durch fortgesetzte Handlung und wegen Konkursbetruges zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungszeit, außerdem zu 30 000 Mark Geldstrafe oder 150 Tagen Gefängnis sowie zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren verurteilt.“

Von den übrigen Angeklagten werden die Angeklagten Schmidt und Vederer freigesprochen. Die restlichen Angeklagten erhalten wegen teilweiser Beihilfe zum fortgesetzten Rückfallebetrug Gefängnisstrafen, die sich zwischen einem Jahre und drei Monaten Gefängnis bewegen. Im einzelnen erhalten: Kraack drei Monate, Frau Wustrow neun Monate, Bruno Wustrow ein Jahr, Ohnstein sechs Monate, Salinger vier Monate, Warshawer neun Monate und Dr. Jakob neun Monate Gefängnis. Außerdem wird dem Angeklagten Dr. Jakob die Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt. Die Kosten des Verfahrens fallen den verurteilten Angeklagten zur Last.

## Der Vernichtungszug der Lava

Nach dem Bericht, den der Minister für öffentliche Arbeiten über den Ausbruch des Aetna am Montag dem Ministerrat vorlegte, sind bisher über 700 Häuser von der Lava zerstört, 5000 Personen obdachlos und gegen 12 000 Hektar bebauete Fläche vernichtet worden. Durch einen vom Ministerrat genehmigten Erlass wurde der Minister für öffentliche Arbeiten ermächtigt, sofort den Bau von Zufluchtsstätten für die Obdachlosen zu beginnen. Zur Unterstützung der Geschädigten und Obdachlosen wurde dem Minister für öffentliche Arbeiten eine Million Lire bewilligt. Auf Vorschlag des Verkehrsministers beschloß der Ministerrat, für die Dauer der Unterbrechung der Eisenbahnlinie Messina-Catania Tarifermäßigungen zu gewähren. In der Ausbruchstätigkeit des Aetnas scheint eine Abschwächung eingetreten zu sein, die sich in einem vorläufigen Wuch des gegen das Meer vordringenden Hauptstromes noch nicht verringert. Am Montag früh wurden in Catania Erdbeben verspürt, die heftiger waren als die am Sonnabend abend.

## Geisthieber vor Gericht

Hamburg, 12. November.

Am Montag begann unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsdirektors Dr. Böger ein umfangreicher Geistesmuggelprozeß. Die Anklage richtet sich gegen 56 Personen, die namentlich in den Jahren 1924 und 1925 40 000 Liter Feinsprit, 75 000 Liter Rum und 5000 Liter Arrak im Gesamtwert von 1 230 000 Reichsmark vom Hamburger

Freihafen in das Ausland geschmuggelt haben. An Zollgebühren wurden dabei 278 000 Mark, an Monopolausgleich 750 000 Mark hinterzogen. Der errechnete Gesamtwert an Waren beläuft sich auf 720 000 Mark. Die Hauptangeklagten sind die Gebrüder Friedrich und Gustav Berger, die beide nach Amerika geflüchtet sind. An dem Schmuggel waren ferner Spritlieferanten, Makler, Schiffer, Quartierleute, Gastwirte und Destillateure sowie eine Reihe von Polizeibeamten beteiligt. Vier Schweden, die es durch geschickte Manöver verstanden hatten, die Untersuchungsbehörden lange Zeit hindurch zu täuschen und den Sachverhalt zu verwirren, sind ebenfalls schuldig. Man rechnet mit einer sechsmonatigen Dauer der Hauptverhandlung.

## Berührte „Unschuld“

Wer mit Personen unter 14 Jahren unzüchtige Handlungen vornimmt oder sie zur Verübung oder Duldung unzüchtiger Handlungen verleitet, wird nach § 176 des Strafgesetzbuches mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren, beim Vorhandensein mildernder Umstände mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft. In Bremen verurteilte man demgemäß die dreizehnjährige Stütze Anna K. zu sieben Monaten Gefängnis, weil sie sich mit dem dreizehnjährigen Gajosohn Georg eingelassen hatte. Mildernde Umstände waren vorhanden; die Stütze mußte mit dem sehr entwickelten Bengel in einem Zimmer schlafen, und seine Mama hatte ihn auch ein bißchen auf das Mädchen gehegt; denn als der Junge, der sich sehr für Natzeigungen interessierte, seine eigene Mutter bat, sie nach porträtierten zu dürfen, hatte sie zwar abgelehnt, weil sich ihre Figur nicht mehr dafür eigne, ihm aber als Ersatz eben die Stütze empfohlen, da diese noch „schlanke und jungfräulich“ sei. Die Richter trugen dem allen im Strafmaß Rechnung; aber verurteilen mußten sie, dazu zwang sie das Gesetz, das unreife Jugend vor Attiden zu schützen hat.

Kurz darauf stellte es sich heraus, daß der frumme Georg eine besonders „schußbedürftige Unschuld“ ist. Denn es fand abermals eine Frau vor Gericht, weil sie sich an ihm vergangen haben sollte.

Diesmal war es die 47jährige Gattin eines Großkaufmanns.

Und siehe da, sie wurde freigesprochen. Das Gericht war, wie es in der Urteilsbegründung ausführte, nicht in der Lage, auf Grund der Aussagen des Georg B. die Angeklagte verurteilen zu können. Nun, wurde die Stütze nicht auf Grund ebensolcher Aussagen verurteilt? Aber vielleicht sprach es für die reife Dame der Gesellschaft, daß sie weniger verführerisch war als die arme Stütze, der ihre Schlantheit und Jungfräulichkeit zum Verhängnis wurde. Sie würde dann zum schuldlosen Opfer der ungezügelmten Geilheit des dreizehnjährigen Bengels geworden sein.

Aber wenn dem so wäre: wie kommt es, daß sich nicht schuldlos die Fürsorge des bremischen Straftatens annehmen? In Bremen konnte man es nicht eilig genug haben, die kleine Schwester Poloma! unter Sittenkontrolle und Fürsorge zu bringen und machte obendrein ihrer Mutter wegen Ruppel den Prozeß. Demals handelte es sich freilich um eine Schulkinderstrolcher und nicht um ein Professorenkindchen. Aber haben denn die oberen Instanzen die Sittlichkeit nicht nötig, und gelten alle Urzuchtparagrafen nur von der Stütze abwärts?

# Aufschlag auf die Demonstrationenfreiheit

(Eig. Bericht) Berlin, 13. November.

Die Deutsche Volkspartei hat im Preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, in dem sie unter Hinweis darauf, daß die Verhinderung von Demonstrationen, die immer mehr überhand nehmen, zu großen Unzuträglichkeiten und schweren Verlusten von Menschenleben geführt hätte, eine Neuordnung des Gesetzes auf die Straße, in der ein positives Verbot solcher Umzüge enthalten sei müsse, im Volksgesetzgebungswege fordert. Zu gleicher Zeit hat auch die Wirtschaftspartei eine Große Anfrage eingebracht, die in derselben Weise liegt, und die Auskunft darüber verlangt, was die Regierung zu tun gedenke, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten und eine mißliche Einschränkung der aus oft notwendigen unternommenen Demonstrationen herbeizuführen und damit den Mißbrauch politischer Rechte zu unterbinden.

Dieser gegen das verfassungsmäßige Recht der Vereinigungsfreiheit gerichtete Antrag ist ein weiteres Glied in der Reihe der wirtschaftlichen und politischen Offensiven der großkapitalistischen Reaktion gegen die Arbeiterklasse.

## Unfallfahrl für Bündnis mit der SPD!

Volkspartei wünscht „feste“ Koalition.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, der das Gros der Schwerindustriellen angehört, schreibt:

„Deutschland steht an einer Schicksalswende und bedarf einer großen, sich ihrer entscheidenden Aufgaben voll bewußten Regierung. Es genügt nicht, daß die Entschlüsse dieser Regierung von einigen Parteien getragen werden; hinter dieser Regierung muß die Autorität einer Koalition stehen, die sich auf eine unbedingt feste Mehrheit im Parlament und im deutschen Volke stützen kann. Damit ist das Ziel der kommenden Koalitionsverhandlungen, sachlich gesehen, mindestens ebenso bestimmt wie durch den Ausfall der Wahlen. Eine Wünderregierung kann und nicht helfen. Wir bedürfen einer entschlußfähigen Mehrheitregierung, einer starken und verantwortungsbewußten Regierung!“

Wenn Deutschland an einer „Schicksalswende“ steht, dann heißt das, aus dem nationalliberalen Jargon in verständliches Deutsch übersetzt, daß der deutsche Imperialismus im Innern zur Generaloffensive gegen die Arbeiterklasse schreiten will, deren Beginn wir in der Ausweitung von 230 000 Arbeitern im Westen sehen, und daß es außerpolitisch den Krieg vorbereitet. Dazu braucht man eine „feste Mehrheit!“ Darum: Koalition mit der SPD! Die schwerkapitalistischen

Arbeiterklasse sind viel zu klug, um nicht zu wissen, daß die SPD-Kadaver als Vorposten der bürgerlichen Front im Arbeiterlager zur Durchführung der Trübsalpolitik unbedingt notwendig sind. Deswegen sind die brutalen Ausbeuterklänge für eine Koalition mit der SPD, deren Chef Hermann Müller wohl schon in den nächsten Tagen den Reichstag vor die fertige Tatsache der festen Zusammenfügung des Regierungsbündnisses mit der SPD, bis zur Deutschen Volkspartei stellen wird.

## Massenfundgebung in Berlin

Berlin 14. November. (Eig. Draht.) Gestern abend dokumentierte die Berliner Arbeiterklasse von neuem ihre unverbrüchliche Solidität mit ihren ausgesprochenen Massenangehörigen des Ruhrgebietes. Die Überfälle, von der kommunistischen Partei einkaufene Massenversammlungen in den Pharus-Sälen nahmen einen glänzenden Verlauf. Die Empörung der Massen steigerte sich bis zur Siebehöhe, als sie den Urteilspruch des Duisburger Arbeitsgerichts erfuhren und weiter hörten, welchen Wertung der sozialdemokratische Arbeitsminister Wilsen im Reichstag ausgeführt hat. Einstimmige Annahme fand eine Resolution, die jeden Berliner Arbeiter verpflichtet, einen Stundenlohn für die Ausgesperrten zu opfern.

Arbeiter in allen Betrieben Schlesiens und Oberschlesiens, heranz! Macht überall Beschüsse, die Ruhrarbeiter aus taufträchtigste zu unterstützen! Führt sofort Selbstsammlungen durch! Stellt eigene Lohnforderungen!

## Unterschlagungen in der Barmer Stadtverwaltung

Kommunisten bedecken einen Sumpf auf.

Ill. Barmen, 14. November. In der Barmer Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, die einen äußerst fürnlichen Verlauf nahm und vorzeitig geschlossen werden mußte, wurden durch die Kommunisten umfangreiche Unterschlagungen in der Barmer Stadtverwaltung zur Sprache gebracht. Es wurde behauptet und von der Verwaltung nicht bestritten, daß unter der früheren Leitung der städtischen Werke Unterschlagungen vorgekommen seien, die sich nicht nur auf die städtischen Werke, sondern auch auf andere Zweige der Verwaltung er-

streckten. Ueber die Höhe der veruntreuten Summe liegen höhere Angaben noch nicht vor. Die Kommunisten behaupten, es handle sich um verschiedene Posten im Gesamtbetrag von 232 000 Mark, von anderer Seite werden jedoch nur 100 000 Mark genannt. In der Stadtverordnetenversammlung schützte es der Vertreter des Oberbürgermeisters ab, über den Stand der Angelegenheit Auskunft zu geben. Wohl aber sei er nicht in der Lage, die Tatsache zu bestritten. Die Verwaltung vertrat den Standpunkt, daß sie der Öffentlichkeit die Angelegenheit vorläufig nicht unterbreiten könne, sondern schlug vor, einen Ausschuss der Stadtverordneten mit der vorläufigen Untersuchung zu beauftragen.

## Die Beladung der „Westria“ verloren?

Die Nachrichten über das Schicksal der Schiffbrüchigen der „Westria“ lauten widersprechend. Während in einem Teil der Meldungen behauptet wird, daß bis auf 85 Personen die gesamte Besatzung gerettet sein soll, lauten andere Meldungen weit ungenügender. Nach ihnen soll der größte Teil der Besatzung untergegangen sein. Die letzte Meldung aus London von heute vormittag lautet:

„Der deutsche Dampfer „Westria“ hat nach Berichten aus Newport mit 20 Ueberlebenden der „Westria“ südlischen Kurs wieder auf Newport genommen. Die Ueberlebenden haben eine kurze Schilderung ihrer Erlebnisse gegeben. Danach ist die „Westria“ am vergangenen Sonntag in einem furchtbaren Sturm geraten, der dem Schiff außerordentlichen Schaden zugefügt hat. Von Sonnabend zu Montag wurden die Frauen und Kinder bei großem Sturm und Kälte auf Deck hin- und hergeworfen. Ein Ueberlebender will sogar bemerkt haben, daß das Schiff sich bereits auf die eine Seite legte, als es aus dem Hafen lief. Der Dampfer sank innerhalb einer Minute ohne jede Explosion.“

## Immer neue Opfer der Kriegsrüstungen

Kesselexplosion in einer polnischen Munitionsfabrik. Zwei Tote und zwei Schwerverletzte.

Ill. Warschau, 14. November. In der staatlichen Munitionsfabrik Pocił bei Warschau ereignete sich in einem Nebengebäude ein Kesselexplosion, durch die eine Wand vollständig eingestürzt wurde. Zwei in der Nähe befindliche Arbeiter wurden auf der Stelle getötet, während zwei andere so schwere Verletzungen davontrugen, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

# Sammelt für die Ruhrarbeiter!

**Vereinigte Theater**  
**Lobe-Theater**  
 Von Sonnab., den 10. 11. bis Freitag, den 16. 11. täglich 20 Uhr  
 Kater Lampe  
 Sonnabend, d. 17. 11. 20.15 Uhr  
 Num 1. Male Oktobertag

**Thalia-Theater**  
 Von Sonnabend, d. 10. 11. bis Freitag, den 16. 11. täglich 20.15 Uhr  
 Wie es euch gefällt  
 Sonnabend, den 17. 11. 20.15 Uhr  
 Wiederaufnahme!  
 Der Prozeß Mary Dugan

**Damen-Mäntel**  
 infolge der warmen Witterung bedeutend billiger  
 Engl. Art . . . von 9.75 an  
 Ottoman . . . von 13.90 an  
 Plüsch hell . . . von 25.50 an  
 Seal Plüsch . . . von 35.00 an  
 Herrliche Damenkleider in Stoff u. Seide von 7.50 an  
 Brautkleider i. größ er Auswahl  
**S. Leuchtag**  
 nur Schmiedebrücke 55  
 Ecke Kupferschmiedestraße  
 Parterre und 1. Etage Gegründet 1888

**Wandleibhaus Grundmann**  
 Breslau, Trebnitzer Str. 21  
 Belebung v. Anzügen, Wäsche und Schmuckstücken

**Erstklass. Fahrräder**  
 Seidel-Nannmann Schreth- und Nähmaschinen Musikinstrumente Grammo-phonplatten Sämtl. Ersatzteile vorräthig  
**V. Deutsch**  
 Reuthen 65, Kreis- u. er Straße 9

**Amtl. Bekanntmachungen von Weißstein**  
 Öffentliche Ausschreibung.  
 Die Ausführung der Eisenbetonarbeiten für den Schulhausneubau in Weißstein wird hiermit öffentlich ausgeschrieben.  
 Angebotsvorbrude können, soweit der Vorrat reicht, im hiesigen Gemeinde-Bauamt gegen eine Gebühr von 2 Mark abgeholt werden. Sonstige Bedingungenunterlagen, Zeichnungen, Allgemeine Vertragsbedingungen und technische Vorschriften für Bauleistungen liegen an den in den besonderen Vertragsbedingungen angegebenen Stellen zur Einsicht aus.  
 Die Angebote sind mit entsprechender Aufschrift im verschlossenen Umschlag bis 19. November 1928 vormittags 8 Uhr dem Gemeinde-Bauamt Weißstein zurückzulegen.  
 Zeichnung und Bekanntgabe der Angebote findet zum gleichen Termin statt.  
 Ausführungszeit: November 1928 — April 1929.  
 Zuschlagsfrist: 25. November 1928.  
 Weißstein, den 12. November 1928.  
 Der Gemeindevorsteher.  
 993. Hertwig.

**Stadt-Theater Breslau**  
 (Opernhaus)  
 Mittwoch, 20 Uhr Abonnement-Vorstellung Serie B 6  
**Der Waffenschmied**  
 Donnerstag, 20 Uhr Abonnement-Vorstellung Serie E 6  
**Der Barbier von Sevilla**  
 Freitag, 20 Uhr Abonnement-Vorstellung Serie C 6  
**Die ägyptische Helena**  
 Sonnabend, 20 Uhr Cavalleria rusticana  
 hierauf: Der Bajazzo  
 Sonntag, 11 1/2 Uhr Schubert - Gedächtnisfeier  
 Vortrag Geh. Rat Prof. Dr. Friedländer: Schuberts Leben und Wirken  
 Wieder / Etett  
 20 Uhr Die ägyptische Helena

**Schauspielhaus Breslau**  
 Operettenbühne  
 Breslau  
 Telefon Nr. 34300

Täglich 20 Uhr  
**Die Herzogin von Chicago**  
 Musik von Emmerich Kalman

**Möblierte und unmöblierte Zimmer**  
 für abweisende Ehepaare ohne und mit Kindern sowie Schlafstellen zur kostenlosen Vermittlung gesucht.  
 Angebote mit Preisangabe an Fürsorge für Wohnungsbeschaffung  
 Magazinstraße 1-3.

**Ämtliche Bekanntmachung von Dittersbach**  
 Die Auszahlung von Sozialrente Kleinrente und Hilfsbedürftigenunterstützung erfolgt Donnerstag, den 15. Nov. 1928, nachmittags von 5-7 Uhr in der Gemeindehauptkasse (Zimmer 1 des Amts-gaues).  
 Beträge, welche an diesem Tage nicht abgeholt werden, gelangen am Montag, 19. Novbr. cr., nachmittags von 3 bis 4 Uhr zur Auszahlung.  
 Dittersbach, den 10. November 1928  
 Der Gemeindevorsteher  
 Roßler.

**Ein Inserat in unserer Zeitung hat stets guten Erfolg**

**Nachstehende Ausgabestellen der „Arbeiter-Zeitung“ in Oberschlesien nehmen Abonnementsbestellungen entgegen**

**Breslau DE.:** A. Bojta, Krakauer Straße 24.  
 Dobref: Franz Strzele, Zinkhüttenkolonie 2.  
 Dittus, Franz Buttle, Buntershof 9.  
 Dörschlag D.-S., Kreis Reiche, Franz Ehrlich.  
 Gähel bei Gohel D.-S.: Karl Bollig.  
 Gohel D.-S.: Emil Schurda, Schmiedestraße 2.  
 Dambrau Bez. Oppeln: Franz Hennemel.  
 Dehmsitz: J. Kahl.  
 Dörschlag: Bernhard Wollta, Bahnhofsstraße 5.  
 Dombis-Hammer, Post Chronikon: Johann Poppel.  
 Dombrowska DE., a. d. Ober: Vincent Jarosch.  
 Gohlendahl bei Gogolin: Kieftsch, Steinbrunn.  
 Griebland D.-S.: E. Grilshel.  
 Griebland D.-S.: Paul Janitz, 140 b.  
 Griebland: Emanuel Döhrle, Helfstraße 2.  
 Griebland: Michael Schimon, Barbarsstraße 10.  
 Griebland: Adolf Bichula, Waldstraße.  
 Griebland D.-S., Post Post: Johanna Wroggemb.  
 Griebland: Robert Schynal, Bahnhofsstraße.  
 Griebland: Walter Langner.

**Gr.-Döber, Kr. Oppeln:** Martha Blacha, Kochstraße.  
**Gr.-Strehlig D.-S.:** And. Dingosch.  
**Glabenberg:** Peter Glanz, Schmiedestraße 5.  
**Glabenberg, Kreis Leobschütz:** Karl Scherner.  
**Kamitz:** Robert Langer, Nr. 68.  
**Kamitz:** Johann Wanzura, Tarnowitzer Straße 18.  
**Kamitz D.-S.:** Eimon Blaja.  
**Kamitz D.-S.:** Johann Romak, Schmiedestraße.  
**Kamitz D.-S.:** Alfred Kujchel, Boyrischstraße 3c.  
**Kamitz D.-S.:** Emil Stein.  
**Kamitz, J.-S.:** Bogdziejil, Kiepschütz DE. 10, Post  
 Preibach.  
**Kamitz D.-S.:** Ludwig Brandt, Nr. 60.  
**Kamitz D.-S.:** Robert Wagner, Friedrich-  
 straße, bei Rembark.  
**Kamitz D.-S.:** Theodor Bulla, Dominium.  
**Kamitz D.-S.:** Emanuel Gargorz.  
**Kamitz, Max Briz, Hühnerstraße 29**  
**Kamitz:** Hermann Krause, Königstraße 7.  
**Kamitz, Kr. d. Oppeln, Erich Bolker, Oppelner St. 9**  
**Oppeln:** Rochus Bisler, Kräuterei 30.

**Katowice, Waldemar Urndt, Ring 14.**  
**Beiskretscham:** Paul Wigle, Bahnhof 13.  
**Reichel:** Julius Grilshel.  
**Reichel:** Paul Hanke, Nr. 93.  
**Ratibor:** Ignaz Popella, Jungferstraße 12.  
**Sabine Kr. Falkenberg D.-S.:** Bauer.  
**Sabine:** Johann Glupil, Block 8.  
**Slawitsa Kr. Ratibor:** Johann Sluga.  
**Slawitsa Kr. Strehlig:** E. Broß.  
**Schmiedow D.-S.:** Josef Romak.  
**Schomburg DE.:** A. Schyblowski, Verbindungsweg 1.  
**Stuhlschenna:** Valentin Romak, Oberhof.  
**Tarnau, Kreis Oppeln:** Johann Fikus.  
**Theresienhütte, Post Willomitz, Kreis Falkenberg:**  
 Franz Pohl.  
**Tworkau bei Ratibor:** Theodor Kuyta.  
**Wahowitz, Kr. Rosenberg, Stefan Lijon.**  
**Wahowitz Kr. Ratibor:** Alexander Kruppel, Siedlung.  
**Wahowitz:** Bernhard Gadow, Dorfkirche 45.  
**Wahowitz DE.:** Richard Rieger, Freimadler Str. 16.  
**Wahowitz:** Max Garel, Klosterstraße.  
**Wahowitz:** Franz Drzybska, Palästina 128.



# Waldenburger Bergland

## Vom D-Zug überfahren

Vorgehen hat sich der Bauinspektor Franz Stolle aus Waldenburg-Kittwasser in selbstmörderischer Absicht vor dem Breslau-Dresdener Schnellzug in der Nähe der Spiegelstraße geworfen. Stolle, der Vorsteher der Bahnhofsarbeiten in Kittwasser war, war auf der Stelle tot. Die Leiche wies gräßliche Verwundungen auf. Unregelmäßigkeiten im Dienst sollen der Grund zu diesem Selbstmord gewesen sein.

## Strahnenraub in Fernsdorf

Ein frecher Strahnenraub wurde auf den Rasthof des Bädermeisters Bräuer im Ortsteil Westend verübt. Als sich keine Käufer vor dem Wagen des Bädermeisters befanden, trat plötzlich ein Mann von hinten an den Rasthof heran und schnitt ihm mit einem scharfen Messer die Geldtasche ab. Der betagte Rasthof war durch den frechen Raubüberfall so überrascht, daß er es verabsäumte, sofort Personen zu Hilfe zu rufen, die die Verfolgung des Räubers hätten aufnehmen können. Von dem Räuber fehlt bisher jede Spur.

## Unterschlagung in den städtischen Betrieben

Ein weiterer Fall von Veruntreuung amtlicher Gelder ist in den städtischen Betrieben aufgedeckt worden. Unter dem Verdacht, mehrere tausend Mark unterschlagen zu haben, wurde ein Angestellter, der zuletzt beim Kreiswohlfahrtsamt beschäftigt gewesen ist, seines Dienstes enthoben. Nähere Angaben fehlen noch.

Ergänzend erfahren wir, daß es sich um einen Angestellten handelt, der mehrere 1000 Mark unterschlagen haben soll. Der Angestellte ist vor seiner Tätigkeit in städtischen Betrieben beim Kreiswohlfahrtsamt gewesen, und soll, wie sich jetzt herausstellt, auch während dieser Zeit schon Unregelmäßigkeiten begangen haben. Eigentümlicherweise wird vom Waldenburger Magistrat über diese neue Affäre Still-schweigen bewahrt.

## Nun auch die Neuroder

Nachdem der Niederschlesischen Bergbau-A.G. ein Staatskredit von 11 Millionen Mark gegeben worden ist, jetzt auch die Conf. Wenzelsgrube in Wärlitz wegen staatlicher Hilfe vorstellig geworden. Einen gleichen Antrag hat die Gewerkschaft Neuroder Kohlen- und Tonwerke (Mützigermühle) gestellt. Beide Werke zusammen wollen etwa 3 Millionen haben. Wie verlautet, wird der Antrag u. a. mit der Lohnerbhöhung begründet.

Die Grubenbesitzer sind auf den Geschmach gekommen. Sie begehren sich nicht mit den Millionengewinnen, Tarifermäßigungen und Kohlenpreiserhöhung. Sie wollen auch Staatskredite haben. Diese sind den Waldenburger Grubenbesitzern bereits gegeben. Nun wollen auch die Neuroder Kredite haben. Nach den bisherigen Erfahrungen wird ihr Wunsch auch erfüllt werden.

Und die Bergarbeiter? Gerade die Neuroder Kameraden werden mit den niedrigsten Löhnen abgepeist.

Die Antwort der Neuroder und Waldenburger Bergarbeiter auf die bauernden Geschenke an die Grubenbesitzer muß sein: Her mit eurer sofortigen zwischentariflichen Lohnerbhöhung!

## Wo wird am 2. Dezember gewählt?

**Kreis Schweidnitz:** Arnsdorf (Kreis Schweidnitz), Purlersdorf, Sedorf, Floriansdorf, Groß-Merzdorf, Groß-Mohnau, Grunau-Jacobsdorf, Klein-Merzdorf, Kreisau, Kröhlau, Kunzdorf (Kreis Schweidnitz), Nieder-Bogendorf, Jützendorf.

**Kreis Glogau:** Dießdorf, Simsdorf, Tschinschwin.

**Kreis Waldenburg:** Felshammer, Liebichau, Dorfbach, Mühlengiersdorf.

**Weißstein.** Fußball. Am Sonntag weichte die erste Elf in Dittersbach und brachte einen 4:1-Sieg nach Hause. Weißstein III spielte in Weißstein gegen Mühlengiersdorf I mit einem knappen Siege

von 4:3 für Weißstein. Die erste Jugend Weißstein gewann gegen Dittersbach mit 3:1. Die zweite Jugend Weißstein spielte gegen Waldenburger Schüler mit einem Resultat 1:0 für Weißstein. — **Dand. 5:11:** Die ersten Handballer spielten in Kittwasser gegen die Freien Turner Kittwasser und brachten einen 8:2-Sieg nach Hause. Die zweite Mannschaft Weißstein spielte gegen Salzbrunner Schwimmer und gewann 2:1.

## Oberes Revier

### Wie verhindert man Unfälle?

Die Presse veröffentlicht folgende Verkaufbarung der Knappschäfts-Verufsgenossenschaft: „Bei dem Unfall des Kohlenfahrers Paul Scheithauer auf Gustav-Grube (Kokerei), der beim Schmirgeln eine schwere Muskelverletzung am rechten Oberarm davontrug, hat der Augenzeuge, der Schmied August Klose, eine große Geistesgegenwart bewiesen, in-

dem er dem Verletzten die Schlagader zuhielt und dadurch einen starken Blutverlust verhinderte, der dem Sch. verhängnisvoll hätte werden können. Die Sektion V der Knappschäfts-Verufsgenossenschaft zu Waldenburg hat Klose für diese tatkräftige erste Hilfe ein anerkennendes Schreiben übersandt und ihm ein Geldgeschenk gemacht. In gleicher Weise hat sie ein von einem kleinen Geldgeschenk begleitetes belobigendes Schreiben an den Schweißer Gustav Renner (Kokerei Gustav-Grube) gerichtet, der während der Arbeit stets die Schweißbrille trägt und, wenn er zeitweilig nicht schneidet oder schweiß-t, auf die Stirn schiebt, um sie trotzdem stets bei der Hand zu haben. — Nicht jeder, der eine solche Hilfsbereitschaft oder ein solches unfa-schliches Verhalten zeigt, kann naturgemäß besonders belohnt werden, doch soll die Anerkennung in einzelnen Fällen zur Nachahmung an-regen. Den schönsten Lohn birgt eine solche Handlungsweise in sich selbst.“

Diese weltfremde Verufsgenossenschaft! Wie kann sie sich nur einbilden, mit einem lächerlich geringen Geldgeschenk an einen Dritte-tragenden Arbeiter die Unfallschuld herabsetzen zu können! Die Ur-sache fast aller Unfälle ist das Antreibersystem und die nie-brigen Löhne. Der Ausschlag der Löhne und Abschaffung der Bedingearbeit insbesondere in den Gruben ist das wirkliche Mittel gegen die Unfälle.

# Merkwürdige Bildungsarbeit der Reformisten

**ADGB-Ortsauschussführung in Zauer.** — Die SPD. will eine Liste der zum Ausschluß vornotierten Kommunisten anfertigen.

(Von unserem Gewerkschaftsberichterstatter.)

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt ein Vortrag des Kollegen Smolinsh-Breslau über „Die gegnerischen Gewerkschaften“. Da der Vortrag den ersten Teil, sozusagen die Einleitung, der Bildungsarbeit im Winterhalbjahr 1928/29 vorstellte, lohnt es sich wohl, etwas näher auf ihn einzugehen. Die Tendenz dieser Vorträge scheint nämlich immer die zu sein, den kommunistischen Gewerkschaftlern ein saures Gewürz einzusperren! Denn obwohl der Vortrag des Kollegen S. einfach unter aller Würde war (uns scheint, als würden die Zauerischen Gewerkschaftler nicht für voll angesehen, anders kann man sich das Verschiden eines Referenten irgendwer nicht erklären!), so verstand er es doch, die Kommunisten anzugreifen und zu verleumden! Aber die gegnerischen Gewerkschaften sagten der Redner herzlich wenig, und was er sagte, war, bis auf einzelne Details, so ziemlich allen bekannt. Und trotzdem hat der Kollege S. eine Gabe zum Reben! — Wer den Vortrag aufmerksam verfolgte, der hielt das ganze Referat für ein Potpourri: — vom Hundertsten ins Tausendste kommen, sagt man wohl auch dafür. Auch einige Redewendungen wären wert, der Nachwelt erhalten zu bleiben, nun, für alle Fälle sind sie notiert. Also, wie gesagt, über Christen und Gelbe wurde einiges gesagt, über die Hirsch-Dunderschen fast nichts, und bei den Unionisten und Syndikalisten konnte es sich der Referent nicht verkneifen, einige grobe Beschuldigungen an die Adresse der kommunistischen Gewerkschaftler zu richten. Redner nahm es als selbstverständlich an, daß die Union eine kommunistische (!) Organisation sei und schwindelte von den kommunistischen Betriebsräten im Ruhrgebiet, die als erste der Beseitigung des Achtstundentages zugestimmt hätten! Ganz unverständlich forderte er von den Delegierten, welche etwa seine Behauptungen abstreiten wollten, den Gegenbeweis! Als ihm in der Diskussion gesagt wurde, daß man doch im Allgemeinen vom Ankläger (das Wort Ankläger müßte eigentlich durch ein anderes Wort ersetzt werden!) auch den Beweis erwarten, und daß die Kommunisten in den freien Gewerkschaften organisiert sind, da wußte Kollege Smolinsh nichts mehr zu sagen. Also, wie ge-

sagt, dieser Vortrag dürfte, auf die enttäuschten Gesichter zu schließen, nicht viel Anhang gefunden haben.

Die Bausteine, welche im April d. J. zwecks Schaffung eines Baufonds für ein Gewerkschaftshaus herausgegeben wurden, sollen bis zum 15. Dezember vorläufig eingezogen werden. Der Verkauf der Bausteine muß als kläglich bezeichnet werden, bei rund zweitausend Gewerkschaftlern sind nur 1700 Mark eingekommen; dabei sollte jedes Mitglied zur Abnahme von sechs Bausteinen (das Stück 50 Pf.) verpflichtet sein. Bitter ist ja, daß es nicht die Kommunisten sind, die hier sabotieren, im Gegenteil!

Auch in diesem Jahre soll vom Ortsauschuss eine Weihnachtsfeier für Invaliden und langfristige Erwerbslose veranstaltet werden. Die Mittel sollen aber diesmal die Gewerkschaften geben. Es wurde angeregt, die Feier für den 23. Dezember anzusetzen. Nach jahrelanger Unterbrechung soll wieder versucht werden, der Arbeiterschaft durch verbilligte Volksvorstellungen den Besuch des Stadttheaters zu ermöglichen. Es ist natürlich zu wünschen, daß bei diesen Volksvorstellungen der gewöhnliche Mißbrauch des Spielplans entfernt wird. — Zwecks Anschaffung neuer Bücher für die Gewerkschaftsbibliothek wird ein Betrag bis zu 70 Mark bereitgestellt. Da festgestellt ist, daß nur wenig wissenschaftliche Werke gelesen werden, empfiehlt es sich, mehr als bisher die proletarischen Schriftsteller zu berücksichtigen. Zu erwähnen sei noch, daß der Ortsauschuss Fragebogen für familiäre Gewerkschaftler herausgegeben will, um festzustellen, in welcher Partei die einzelnen Kollegen sind, welche Zeitung sie lesen usw. Wir glauben, daß an diesen Fragen die SPD. noch mehr als der Ortsauschuss interessiert ist und daß diese daher auch die Durchführung der Statistik in die Hand nehmen kann! Nebenbei müßten wir schon wiederholt feststellen, daß vom Ortsauschussvorsitzenden die Grenzen zwischen Ortsauschuss und SPD. ziemlich verwischt werden; da er gleichzeitig auch der Vorsitzende der sozialdemokratischen Ortsgruppe ist, ist dies auch erklärlich.

# Niederschlesien

## Görlitz

### Die Görlitzer „Gottesloge Zanatra“

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

In früheren Jahrhunderten war die Religion ein Wall, hinter welchem Heere halten und sich bedecken konnten. Aber nach so vielen Fälschungen ist sie nur noch ein Zirkelwerk, hinter welchem gelegentlich sich Gauner verbergen!

Dieses Sprichwort war im vorigen Jahrhundert sehr beliebt und hat sich bis heute bewahrt. Durch einen günstigen Zufall lernte ich die 4. Internationale kennen, deren Anhänger aber keine Sozialisten, noch viel weniger die dreimal verbotenen Kommunisten sind, sondern die „Internationale Liebesgemeinschaft“, o. ä. eine diskretive Geistesfamilie. Deren Anhänger nennen sich „Gottesloge Zanatra“. Der Sitz ist in Görlitz. Folgende Statistik will ich hier einmal bekanntmachen: Die Gesamtzahl der Bewohner unseres Planeten beträgt rund 1 688 400 000, davon sind zwei Drittel „reine Heiden“ und der übrige Teil 260 Millionen Mohammedaner, 10 Millionen Juden und 350 Millionen Christen. Diese 350 Millionen Christen sind wiederum in 600 verschiedene Glaubensbekenntnisse zerfallen, die sich gegenseitig aufs heftigste bekämpfen. Eine dieser Sorten ist auch die „Gottesloge Zanatra“.

Festgestellt habe ich folgendes: 1. Diese Sippschaft hat eine gute Einnahmequelle, das sogenannte „Buch des Lebens“, Einschreibgebühr pro Person 150 Mark. 2. Der Leiter dieser Gemeinde, Herr Rühle, Görlitz, ist im Jahre 1924 mit einem gewissen Weiß eine „geistige Ehe“ eingegangen, also eine homosexuelle Ehe. Auf eine bestimmte Anfrage einiger Mitglieder jener Vereinigung unseres „reinen Heiden“ und deren Ausübung, erhielten diese eine gepefferte Antwort: „Das gehe niemand was an, was Fedor Rühle in seiner geistigen Ehe macht.“ 3. Besucht dieser Fedor Rühle als Redner alle 6 bis 8 Wochen seine Bezirke als Apostel „Herald“ mit einem ganzen Generalstab von Schreibmedien usw. Die Mittel zu dieser Anmaßung müssen die Mitglieder des jeweiligen Ortsvereins, in dem dieser lutherische Heilige seinen Holzkopfs treibt, aufbringen, und dies ist für den Apostel ein sehr feines und rentables Geschäft. Diese Verwundungslage genügt sogar den Schutz der Reichsregierung nach Artikel 137.

Lebender, Bräuer, Schweidnitz, Euch rufe ich an: Heranz aus jeder Religionsgemeinschaft, gleichviel, welcher Konfession. Braut endlich die Fessel „Anwerkan“, werdet freigeigig, werdet Massenbewußt und revolutionär!

Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet am Freitag statt. Die Tagesordnung umfaßt 11 Punkte, u. a.: Verbesserungen im Wein-ladenbau, Erneuerung der Trinkwasserleitung des Kinderheimes, Forderung und Kenntnisnahme von dem Jahresabschluss der Stadtkasse für 1927, in dem festgestellt wird, daß der Fehlbetrag aus dem Jahre 1926 bis auf 372 562,92 RM. abgetragen ist.

**Aus dem ADGB.** Durch Beschluß der Vollversammlung des ADGB Ortsgruppe Görlitz wurden die ehemaligen Kameraden Dührig, Geißlich und Pehner wegen organisationswidrigem Verhalten aus dem ADGB ausgeschlossen.

**Fußball.** Am Sonntag begann die Vorrunde um die Kreis-meisterschaft. Es fanden sich Haynan und Görlitz gegenüber. Als Schiedsrichter fungierte Eielzer-Striegau. Auf ziemlich gleichem Spiel wurde 1:30 Uhr angepfiffen. Görlitz entsandte ein gutes, gutes Team, während Haynan etwas zerfahren

war. Zur Halbzeit stand das Resultat 1:1. In der zweiten Halbzeit konnte Görlitz nur noch mit 9 Mann spielen, da zwei wegen Verletzungen ausscheiden mußten, wovon einer vom Sanitätsauto des ADGB fortgeschafft werden mußte. Kurz vor Schluß konnte Haynan durch Eismeyer das Resultat auf 2:1 stellen. Görlitz hatte einen schwarzen Tag, Haynan war schon in der zweiten Halbzeit abgekämpft. Gegen die Entscheidung des Schiedsrichters betr. Eismeyer kurz vor Schluß hatte Görlitz Protest eingelegt, der in einer abschließenden Sitzung abgelehnt wurde.

### Balzer spult immer noch herum!

In Pössa hörte man, der fleißigste verfolgte Raubmörder Balzer sei dort im Schützigen Gasthof aufgetaucht. Der dortige Oberlandjäger wollte sich überzeugen, ob das stimmt. Dies merkend, flüchtete der angebliche Balzer über die Zäune und entkam trotz der Verfolgung in den Outspart. Im nahen Kuslau hat er es sogar soweit getrieben, daß er im Lokal auf einen Bierdeckel schrieb: „Der hier mit Ihnen gesprochen hat, war der Raubmörder Balzer.“ Dann suchte er das Weite.

## Neusalz

Mit 1500 Mark Lohngebern geblüht. Der Geschäftsführer Willy Thiem von der hiesigen Porzellanfabrik Garitz hob mittels Schecks 1500 Mark bei der Bank ab, die zur Lohnzahlung bestimmt waren. Trotzdem er kein Visum besaß, gelang es ihm nach mehreren vergeblichen Versuchen, über die polnische Grenze zu kommen.

## Goldberg

**Adm. Parteimitglieder!** Sonnabend 20 Uhr in der „Germania“ außerordentliche Mitgliederversammlung, in der Genosse Hoppe-Piegnitz spricht. Es wird den Genossen zur Pflicht gemacht, rechtzeitig zu erscheinen.

## Liegnitz

### „Rostjung“ ist eine Beleidigung!

In Fellenndorf gerieten im Mai d. J. in einem Tanzlokal der Bauarbeiter Richard Kretschmer und ein zufällig auch Kretschmer benannter Reichswehrsoldat aneinander. Dabei soll der Arbeiter den Kriegsjünger „Rostjung“ genannt und ihn auch geschlagen haben, während der Reichswehrmann die hohe Annschuld in eigener Person gewesen sein wollte. Der Soldat stellte Strafantrag. Vor Gericht wäre es zwischen dem Angeklagten und dem Kläger beinahe zu Freigang gekommen. Schließlich rettete das Gericht die rumpionierte Ehre des braven Soldaten und verurteilte wegen wörtlicher und tätlicher Beleidigung den Arbeiter zu 50 Mark Geldstrafe. Damit hat auch ein schlechtes Gericht festgestellt, daß Rostkes Name eine Beleidigung ist. (Wenn das nur einmal die SPD-Arbeiter einsehen wollten!)

### Diebstahl bei einem Brandunglück.

In der Nacht zum 29. Mai brannte auf dem Haag, dem Liegnitzer Annahelplatz, die Scheunende des Bubenbesizers Rave nieder. Er konnte seinerzeit mit seiner Familie nur im letzten Augenblick sich aus dem Flammen retten. In der brennenden Hölle befanden sich die gesamten Einnahmen, und bald stürzte die Kasse auch unter den brennenden Trümmern hervor. Personen, die zu dem Brand hinzugekommen waren, halfen, nachdem die Flammen eingedämmt waren,

das Geld in eine zu diesem Zweck hingestellte Schale zu legen. In dieser Sammelarbeit beteiligte sich auch der 30jährige Ernst Zauber. Wie Jungen beobachteten, las er aber nur mit einer Hand Geld in die Schale, und ließ mit der anderen Hand Beinhpfennig-Stücke in seine eigene Tasche gleiten. Bei der Untersuchung fand man bei ihm 1,60 Mark Geld und fünf Pfennigspäcker, die er sich angeeignet hatte, vor. Das Schöffengericht erkannte in Anbetracht des geringen Wertes der Beute und des Geständnisses des durch die Gelegenheit Verführten wegen schwerer Diebstahls im Rückfall und Widerstands gegen die Staatsgewalt auf drei Monate Gefängnis. Zudem erhielt der Angeklagte eine Woche Haft, weil er dem Polizeibeamten einen solchen Namen angegeben hatte. Die seit 29. Mai erlittene Untersuchungshaft wird angerechnet.

## Ein furchtbares Liebesdrama in Eiden

Der Bräutigam stürzt sich von einer Brücke, die Braut läßt sich vom Zuge überfahren.

Gegen 7 Uhr fand man nördlich der Schwarzen Brücke eine furchtbar verblutete Frauenleiche auf. Der Toten, die sich von den Bräutchen kommenden Personenzug geworfen hatte, waren beide Beine und ein Arm abgefahren worden. Gegen Mitternacht des vorangegangenen Sonntags hatte man bereits in das Krankenhaus einen Schwerverletzten eingeliefert, den 22jährige Malergehilfen Alfred Fiedler, der sich gegen 11 Uhr im Schillerpark von der Schwarzen Brücke gestürzt hatte. Der Malergehilfe hat schwere Verletzungen erlitten und war am Montag noch nicht vernehmungsfähig. Die tote ist die 27jährige Pflegerin Beria Fara. Es handelt sich um ein Liebesdrama, dessen Motive noch in Dunkel gehüllt sind. Fiedler und seine Erliebte hatten am Abend gemeinsam an einer Geburtstagsfeier teilgenommen. Ohne daß irgendeine Unstimmigkeit zu bemerken gewesen wäre, hatte sich dann das junge Mädchen entfernt. Ihm folgte ihr Bräutigam. Das Paar wurde später im Schillerpark zusammen gesehen.

## Glogau

Der Glogauer Sportverein streift hier keine Füßler aus. Verbauert, daß sich eine Anzahl Proleten darin wohlfühlen. Arbeiter, meist den Werksport. Ihr taumelt unbewußt ins falsche Lager für euch ist der Arbeiter-Sportverein da.

## Aus dem Riesengebirge

Die Revolutionsfeier in Girsberg. Einen schönen Erfolg konnte die hiesige Ortsgruppe der SPD. mit ihrer Revolutionsfeier buchen, die sie im „Berliner Hof“ abhielt. Genossin Hahne-Breslau hielt die dem Tage entsprechende Ansprache, und verband es, in kurzen, markigen Worten den 400 Anwesenden den Unterschied zwischen der russischen Revolution und der verpöhten deutschen Nazulegen. Es war wohl niemand im Saal, der nicht damit einverstanden war, daß die sozialdemokratischen „Revolutionen“ für immer das Rätselzeichen des Arbeiterverrats in der Weltgeschichte mit sich herum-schleppen. Den ersten sowie den heiteren Teil bestritten die „Trommler“ aus Breslau. Man muß es mit erlebt haben, wie die anwesenden Arbeiter Beifall spendeten. Den Hauptteil des Abends hatte mit ihren „Schlagern“ die Genossin von den Bres-lauer „Trommlern“ zu veruchen. Einmal mit der Oberleitungs-Hymne und zum anderen mit dem Lied von der „Familien-SPD.“ Die verpöhten Novemberrevolte von 1918 zu einer wirklichen Revolution zu führen, war das Gelübnis der erfolgreichen Rundgebung.

# Denkt an die Winterhilfe der RHD.